

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Montage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Diejenigen geschätzten Abonnenten, welche während der Reise- und Bade-Saison die „Pos.“ nach außerhalb überwiesen zu sehen wünschen, wollen sich direkt wenden an die Expedition der „Posener Zeitung.“**

### Amtliches.

Berlin, 15. Mai. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht, den nachbenannten Personen Orden zu verleihen, und zwar: Dem Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath und Ministerialdirektor Freiherrn v. d. Red zu Berlin den Stern zum Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Baurath a. D. K. a. u. z. zu Sorau den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Stadt-Hauptassessoranden Kändler zu Berlin den Rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Hofmeister und Hofinspektor Kienne zu Segeberg in Holstein den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Magistrats-Kanzleibeamten Klemm zu Berlin und dem Kandidaten der hiesigen Universität, Scheffler, den königlichen Kronenorden vierter Klasse. Berlin, 16. Mai. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht, den Hof-Inspektoren Schulze zu Sietzin, Schimmelfennig u. Staevie zu Gumbinnen, Dittmer zu Königsberg, von Bodelschwing zu Trier und von Spankeren zu Arnberg den Charakter als Hofmeister; sowie dem Eisenbahnsekretär Hübler zu Kassel den Charakter als Geheimen Kanzleirath; und dem praktischen Arzt Dr. Ebert in Briesen a. D. den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

### Die Wohnungsnoth und die Privat-Spekulation.

#### II.

Es ist nicht bloß die Frage, wer baut die kleinen Wohnungen am besten, sondern auch, wie baut man sie am besten und wohlfeilsten? Wer, sagt Huber, diese Frage am besten praktisch zu beantworten weiß, der, und kein Anderer hat den Beruf, der Wohnungsnoth abzuheben, gleichviel ob im Namen der Privatspekulation oder des Genossenschaftswesens. Ja, selbst die humane Wohlfahrt möchte nicht ausgeschlossen sein, sofern sie nicht landesübliche Zinsen perhorrescirt, die sie ja immerhin wieder in Werken wirklich und reiner Barmherzigkeit verwenden mag. Uebrigens soll die gestellte Frage nicht etwa auf die bloße Technik der Ausführung beschränkt sein, sondern es kommt dabei auch auf die beste Organisation der Kräfte, des volkswirtschaftlichen Mechanismus an, den man zur Lösung der Frage wählt.

Auch die Frage hat selbstverständlich eine sehr große Bedeutung: ob man bei einer solchen Unternehmung nur ein Miethsverhältnis oder auch die Befestigung der Bewohner ins Auge faßt; ebenso wird die weitere Entwicklung des genossenschaftlichen Prinzips in einer solchen An siedelung sehr ernstlich und viel allgemeiner, als bisher, in Betracht zu ziehen sein. In demselben Maße aber wird die Spekulations-Routine vor den idealen höheren Momenten zurückzutreten haben, ohne deren Mitwirkung von wirklich genossenschaftlicher Korporation nicht die Rede sein kann.

Professor Huber, der die Frage, welche Art kleiner Wohnungen die beste sei, noch unentschieden läßt, bekennt sich für seine Person zum Cottage-System, erst in zweiter Linie läßt er das Kaserne-System gelten. Zwischen beiden Extremen finden sich die mannigfachen Uebergänge, von denen kaum einer an sich einer relativen Berechtigung entbehren dürfte, wenn nur die rechte Einsicht und technische Lichtigkeit dabei nicht fehlt. Ebenso relativ wie hier ist die Antwort auf die Frage, ob Miethse oder Besitz vorzuziehen? Huber sagt: „Wo es möglich ist, den Bewohnern von vorn herein oder allmählig den Besitz ihrer Wohnungen zu gewähren, das ist es eine volkswirtschaftliche Sünde, es nicht zu thun — versteht sich unter Bedingungen, wobei das ganze Unternehmen bestehen kann. Wo aber die Umstände es nicht erlauben oder doch so große Schwierigkeiten darbieten, daß darüber andere Bedingungen und andere Arten der Lösung der Wohnungs-Aufgabe unterbleiben müßten, da wäre es wenigstens eine große Thorheit, die relativ geringere, aber mögliche Verbesserung zu versäumen oder zu unterlassen, weil auf die größere und größte vorläufig jedenfalls verzichtet werden muß. Auch hier gilt oft der Spruch: „le mieux est l'ennemi du bien!“

Und dieses Bessere wird unfehlbar gefunden werden, wenn der Sinn dafür vorhanden ist. Die Mehrheit der Menschen begnügt sich mit dem Almosen und läßt im Uebrigen die Welt ihren Gang gehen. Aber die philanthropische Wohlthätigkeit darf beim Almosen nicht stehen bleiben, und nicht das Allererste und Nothwendigste, das, was zugleich das Almosenbedürfnis am besten einzuschränken geeignet ist, der Privatspekulation überlassen.

Wie man auch, sagt Huber, über das formale Recht der Spekulation ohne das thatsächlich sittliche Recht in erspriehlicher gewissenhafter Erfüllung ihrer socialen Pflicht auf andern volkswirtschaftlichen Gebieten denken mag, so thut es unter allen Umständen dringend Noth, das Princip zu möglichst allgemeiner und ernstlicher Geltung in der öffentlichen Meinung zu bringen, daß jedenfalls das Wohnungsgeschäft in Produktion, Verkauf und Vermietung nicht bloß ein Gewerbe, sondern eine mit schwerer sittlicher und volkswirtschaftlicher Verantwortlichkeit verbundene Mission ist — oder doch sein sollte und werden muß. Bis dahin aber fällt auf jede positive oder negative Behinderung der Entwicklung jener im weitesten Sinne genossenschaftlichen Unternehmungen zur Lösung dieser Lebensfrage, auch wenn solche Opposition aus aufrichtig guter Meinung und planföhrlicher Doktrin entspringt, ein Theil der Verantwortlichkeit für die Fortdauer der Wohnungsnoth und aller ihrer faulen und giftigen Früchte. Dasselbe gilt aber auch in Beziehung auf solche Betheiligung vereinsmäßiger oder individueller Kräfte an dieser socialen Arbeit, welche der Gefahr des Zuviel in dem Einfluß des Geistes der Wohlthätigkeit mehr ausgesetzt sein mögen, als

das strengere genossenschaftliche Princip als Regel gestattet. Jedenfalls ist eine irgend engherzig pedantische Geltendmachung auch an sich nicht unbegründeter Bedenken durchaus zu verwerfen, so lange die Noth auch und namentlich auf diesem Gebiet noch so groß und so allgemein ist wie gegenwärtig. In Stadt und Land erscheinen auch nur leidliche und den Mitteln des kleinen Mannes zugängliche Wohnungen kleiner Leute wie einzelne Eilande in Mitten eines weiten Sumpfes von Wohnungsnoth aller Art, aus dem sich die besseren oder besten Wohnungen der Wohlhabenden oder Großen und Reichen kalt, starr und unzugänglich wie Felswände erheben. Wir haben wahrlich noch lange hin, ehe es Noth thun oder zu verantworten sein könnte, gerade auf diesem Gebiet irgend eine hilfreiche Hand zurückzuweisen, weil sie nicht ganz korrekt von legerischen Humanitätsregungen oder weicher Gemüthlichkeit ist. Oder möchte wirklich Jemand im Ernst behaupten, daß man z. B. einen Peabody mit seinen 2000 guten und wohlfeilen Wohnungen als einen Feind der Privatspekulation und ihres Monopols zurückweisen und ihm die volkswirtschaftliche Gemeinschaft kündigen sollte? Im Gegentheil thut in diesem Augenblick nichts dringender Noth, als ohne alle doktrinaire Pedanterie möglichst viele gute und wohlfeile Wohnungen auf den Markt zu werfen — theils als Schule dieses Zweiges der Baukunst, theils zur Konkurrenz und darin liegenden pädagogischen Preßion für die Privatspekulation in ihrem Erziehungs- und Reinigungsprozeß zu ihrem wahren Beruf?

Wir wollen nach diesem nur noch eines Einwurfs erwähnen, der dem Bestreben, der Wohnungsnoth am hiesigen Ort zu begegnen, entgegen gestellt wird. Die Vermehrung und Verbesserung kleiner Wohnungen, heißt es, führt nach dem Wegfall des Einzugszinses nur noch mehr ländliches Proletariat in die Stadt. Das fürchten wir nicht. Es handelt sich für unsere Stadt nicht um eigentliche Arbeiterwohnungen, sondern um Wohnungen für den kleinen Handwerker und Beamten, überhaupt für Familien, die noch in rangierten Verhältnissen leben und eine Jahres-Miethse von 50—70 Thlr. zu zahlen vermögen.

Ist diese Bevölkerungsklasse besser als bisher untergebracht, so werden ohne Zweifel die Wohnungen, welche sie bis jetzt zu ihrem Schaden inne hatte, von dem simplen Arbeiter für einen geringen Miethszins bezogen werden können, und ein großer Theil von denen, welche gegenwärtig bei dem herrschenden Mangel trotz ihrer evidenten Unbrauchbarkeit noch in Anspruch genommen werden, wird zu kassiren sein. Daß der Nothstand auf dem mehrseitig vorgeschlagenen Wege nicht wird völlig zu beseitigen sein, sieht wohl Jedermann ein, das darf aber nicht hindern, an seine Milderung zu denken, keinesfalls darf das Argument, der Zug des Proletariats werde dadurch, daß die Humanität ihm entgegen komme, sich steigern, davon abschrecken, ein gegenwärtiges Uebel zu bekämpfen.

### Deutschland.

**Preußen.** Berlin, 15. Mai. Dem Zollbundesrath ist von Seiten des Vorstehenden ein zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Zollverein einerseits und dem Kirchenstaat andererseits abgeschlossener Handels- und Schiffahrtsvertrag zur Beschlußnahme vorgelegt worden, welcher am 8. d. M. zu Rom unterzeichnet worden ist. Die Vereinbarungen des Vertrages stimmen im Wesentlichen mit den Grundzügen überein, welche die Grundlage der meisten neuerdings abgeschlossenen Verträge ähnlicher Art bilden. Die Bewohner des einen der kontrahirenden Theile genießen in dem Gebiet des andern, ob sie sich dauernd oder vorübergehend dort aufhalten, dieselben Vorrechte wie die Angehörigen der meist begünstigten Nation. Die Einfuhr und Ausfuhr von Waaren aus dem einen Gebiet in das andere unterliegen keinen höheren Abgaben, als die Angehörigen der meist begünstigten Nation zu zahlen haben. Ueberhaupt kommen alle Vergünstigungen, welche eine dritte Nation genießt, für die kontrahirenden Theile gleichfalls und bedingungslos zur Anwendung. Die Handelschiffe des einen der kontrahirenden Theile sollen im Gebiet des andern den einheimischen gleichgestellt werden mit alleiniger Ausnahme der auf den Fischfang bezüglichen Schiffahrt.

Gestern gab Graf Bismarck ein Zollparlamentärsdiner, zu welchem namentlich süddeutsche Abgeordnete geladen waren.

Berlin, 17. Mai. Unter den neuesten Vorlagen, welche das Präsidium dem Zollbundesrath gemacht hat, befindet sich eine, welche die Abänderung des am 2. September 1861 von Preußen im Namen des Zollvereins und zugleich im Namen der Regierungen von Mecklenburg und der Hansestädte mit China abgeschlossenen Handels- und Schiffahrts-Vertrages bezweckt. Es fehlt nämlich in dem Vertrage eine Bestimmung, welche die Einreichung falscher Manifeste (Deklarationen über die Ladung der Schiffe) von Seiten der Schiffer unter Strafe stellt, eine Bestimmung, welche in allen übrigen Verträgen Chinas mit andern Mächten vorhanden ist. Der Mangel dieser Bestimmung hat nach übereinstimmenden Berichten der deutschen Agenten in China vielerlei Unzuträglichkeiten herbeigeführt, und die chinesische Regierung hat daher wiederholt den Wunsch nach entsprechender Abänderung des Vertrags ausgesprochen. Da dieselbe dazu völkerrechtlich befugt ist und das Interesse des Norddeutschen Bundes durch die Aenderung nicht beeinträchtigt wird, so beantragt die Vorlage die Abänderung des Vertrags in dieser Richtung. Der Gesandte des Norddeutschen Bundes in China, Herr v. Rehsues, hat den Entwurf einer Deklaration ausgearbeitet, welche die Lücke auszufüllen geeignet ist, und die Rechte der deutschen Schiffahrt wahrt. Diese Deklaration ist nun dem Zollbundesrath zur Gutheißung vorgelegt worden.

Weiter hat die bairische Regierung beantragt, die tyroler Gemeinde Sung Holz, welche eine von bairischem Gebiet ringum

eingeschlossene Enklave bildet, und daher ihre Hauptbedürfnisse aus Baiern bezieht und ihre Produkte dahin absetzt, in den Zollverein aufzunehmen. Es ist natürlich sehr lästig für die Zollvereins-Verwaltung, dieser Enklave wegen eine besondere Grenzlinie bewachen zu müssen, und auch die österreichische Regierung hat zu wiederholten Malen den Wunsch zu erkennen gegeben, daß der Uebelstand durch Aufnahme der Gemeinde in den Zollverein beseitigt werde. Ueber den Modus der Aufnahme haben schon in früherer Zeit, als noch die alte Zollvereinsverfassung bestand, mit Zustimmung Preußens, von Seiten Baierns mit Oesterreich Verhandlungen stattgefunden und waren diese bereits in das Schlußstadium eingetreten, als die Umgestaltung des Zollvereins erfolgte. Durch die neuen Verhältnisse wurde bedingt, daß die Verhandlungen auf veränderter Basis geführt wurden, und es ist jetzt am 3. d. M., nachdem sich Baiern vorher an Preußen, Württemberg, Baden und Hessen gewendet und deren Zustimmung erhalten, ein Schlußprotokoll zu Stande gekommen, welches der Bevollmächtigte Baierns nun dem Zollbundesrath zur Gutheißung vorgelegt hat.

Wie die „Kreuztg.“ hört, wird eine Königsrevue in diesem Jahre nicht stattfinden.

Gegen allerlei falsche Zeitungsnotizen wird bemerkt: Von irgendwelcher Ankündigung des Besuchs des Kaisers Napoleon am preussischen Hofe für den Sommer oder Herbst ist in unterrichteten diplomatischen Kreisen nichts bekannt. (Kreuztg.)

Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht nachstehende Circular-Befugung vom 5. Mai 1868 — betreffend das Verfahren wegen Nachweis der Befähigung von Magistratsmitgliedern zu diesem Amt.

Die Bestimmung in den von dem Minister des Innern erlassenen Instruktionen zur Ausführung der Städte-Ordnungen, und zwar:

1) sub IX., Alinea 5. der Instruktion vom 20. Juni 1853, zur Städte-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853.

2) sub VII., Alinea 2. der Instruktion vom 9. Mai 1856, zur westfälischen Städte-Ordnung vom 19. März 1856,

3) sub §. 10., Absatz der Instruktion vom 18. Juni 1856, zur Rheinischen Städte-Ordnung vom 15. Mai 1856,

wonach die Regierungen — um von der Befähigung eines gewählten Magistrats-Mitgliedes diejenige Ueberzeugung zu gewinnen, von welcher die Theilnahme der staatlichen Befähigung der Wahl pflichtmäßig bedingt erscheint — nach Befinden (nötigenfalls) eine Prüfung des Gewählten anordnen können,

ist im Wesentlichen nur zu dem Zwecke getroffen worden, um dem Gewählten in dessen eigenem Interesse resp. zu Gunsten des kommunalen Wahlrechts die Behebung der gegen die Befähigung des Gewählten vorliegenden Mängel durch anderweitige Mittel nicht genügend zu beseitigenden Mängeln durch eine, mit Zustimmung des Gewählten vorzunehmende Prüfung zu ermöglichen.

Von diesem Gesichtspunkte darf, um die Benützung der in Rede stehenden Befugnis mit der grundsätzlichen Bedeutung des städtischen Wahlrechts in Einklang zu erhalten, nicht abgewichen werden. Die königliche Regierung hat daher von jener Befugnis künftig in keiner anderen Weise Gebrauch zu machen, als indem sie vorkommendenfalls dem zum Magistrats-Mitgliede gewählten Bewerber, gegen dessen geschäftliche, resp. technische Befähigung zur Verwaltung des bezüglichen Amtes erhebliche, in anderer Weise durchaus nicht zu beseitigende Bedenken obwalten sollten, anheimgiebt, beziehentlich durch die städtische Behörde anheimgiebt, ob er sich beaufs. Behebung dieses, seiner Befähigung entgegenstehenden Hindernisses einer Prüfung unterziehen will. Nur auf entsprechenden Antrag ist demnach die Prüfung vorzunehmen.

Berlin, den 5. Mai 1868.

Der Minister des Innern.

Graf zu Eulenburg.

Bei der von Seiten des Centralbureaus des Zollvereins angestellten Vergleichung der Ein- und Ausfuhr in den Jahren 1866 und 1867 stellt sich heraus, daß alle der Landwirtschaft angehörigen so wie verarbeiteten Artikel, in Folge der in Preußen und im Zollverein stattgehabten ungünstigen Ernte im vorigen Jahre, in weit umfangreichem Maße 1867 eingegangen sind als im Jahre vorher. An Weizen gingen im letzten Jahre ein 16 1/2 Mill. Scheffel (im Vorjahre 5 Mill. Sch.), an Roggen 13 1/2 Mill. Sch. (i. V. 4 1/2 Mill. Sch.), an Gerste 4 Mill. Sch. (i. V. 3 Mill. Sch.), an allen übrigen Getreidearten 4 1/2 Mill. Sch. (i. V. 3 1/2 Mill. Sch.), an Hülsenfrüchten 579,000 Sch. (i. V. 422,000 Sch.), an Oelfrüchten 2 Mill. Centner (i. V. 1 1/2 Mill. C.), an Mühlenfabrikaten aus Getreide und Hülsenfrüchten 1,600,000 Centner (i. V. 800,000 C.), an gesaltem Reis 750,000 C. (i. V. 636,000 C.). Daß sich die Industrie im Jahre 1867 wieder zu beleben begann, dafür giebt die Steigerung der Kohleneinfuhr den Beweis. Das Einfuhrquantum steigerte sich bei der Steinkohle von 22 Mill. auf 26 Mill. Centner und bei der Braunkohle von fast 7 Mill. auf mehr als 9 Mill. Centner.

Aus dem Etat des Telegraphenwesens für 1869 theile ich nachstehend die Hauptziffern mit. Die Einnahme beläuft sich auf 2,777,390 Thlr., gegen das Vorjahr ein Mehr von 496,447 Thlr. Die Ausgaben belaufen sich auf 2,454,605 Thlr., gegen das Vorjahr ein Plus von 448,658 Thlr. Es zeigt sich also ein Ueberschuß der Einnahme über die Ausgabe von 322,785 Thlr., die für das Extraordinarium zur Verwendung kommen und vornehmlich für die erhöhten Kosten des Betriebs und der Verwaltung in Folge der großen Ausdehnung des Telegraphenwesens.

Am letzten Freitag Morgen 9 Uhr begann im Schwurgerichtssaale des Kreisgerichts (Hausvogtei) unter Vorsitz des Kammergerichts-Vizepräsidenten Zweigert der aus den §§ 61 und 66 des Strafgesetzbuchs begründete Hochverrathprozeß gegen 22 Hannoveraner. Die Staatsanwaltschaft war durch Oberstaatsanwalt Adlung vertreten. Angeklagt sind: 1) der Arbeiter Kahle, 38 Jahr, verheirathet; 2) Schneider Jungl, 27 Jahr, verheirathet; 3) Musikus Lometsch, genannt Bischer, 23 Jahr; 4) Schneidergeselle Nölke, 21 Jahr, nicht Soldat; 5) Musikus Bartels, 27 Jahr, nicht Soldat; 6) Schneider Vertram, 18 Jahr, nicht Soldat; 7) Dienstknecht Gölzner, gen. Stelling, 21 Jahr, nicht Soldat; 8) Dienstknecht Fischer, 25 Jahr; 9) Schlossergeselle Wernede, Sohn eines Pastors, 25 Jahr; 10) Schnabel, 19 Jahr, nicht Soldat; 11) Schneidergeselle Hillner, heute 20 Jahr, nicht Soldat; 12) Schuhmachergeselle Vogler, 22 Jahr, nicht Soldat; 13) Schuhmachergeselle Godehaus, 20 Jahr, nicht Soldat; 14) Schuhmachergeselle Hoppe (Braunschweiger), 20 Jahr, nicht Soldat; 15) Schuhmachergeselle Wegener, 19 Jahr, nicht Soldat; 16) Schuhmachergeselle Thiele, 19 Jahr, nicht Soldat; 17) Tischlergeselle Delsen, 20 Jahr, nicht Soldat; 18) Schlossergeselle Herz, 19 Jahr, nicht Soldat; 19) Eisenbahnkondukteur (Schaffner), früher Müller, freize, 28 Jahr, nicht Soldat, Frau und drei Kinder; 20) Sattlermeister Aldermann, 45 Jahr; 21) Schneidermeister Gornwald, 42 Jahr; 22) Schneider Baldandowicz, 21 Jahr. Wie es heißt, wird die Verhandlung circa acht Tage in Anspruch nehmen.

Vor der 7. Deputation des Kriminalgerichts wurde gestern ein Prozeß gegen den Dr. phil. Max Hirsch und den Redakteur der „Volkszeitung“, Steinhilber, verhandelt. Inkrimirt war ein von Max Hirsch unterzeichnetes, in der Nr. 28 vom 2. Februar d. J. enthaltener Brief über den Nothstand in Ostpreußen, der die zur Beseitigung desselben von Behörden und Privatpersonen

### Inserate

1 1/2 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.



getroffenen Maßnahmen bespricht und worin der Verwaltung vorgeworfen wird, daß sie den Nothstand nicht rechtzeitig erkannt habe und so weit ihre Kräfte reichten, auf Abhilfe bedacht gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft hat in diesem Artikel das Vergehen gegen §. 101 des Strafgesetzbuchs gefunden und deshalb Hirsch aus diesem Paragraphen, den Mitangeklagten Steinig aus §. 37 des Preßgesetzes angeklagt. Dr. Hirsch bekennt sich als Verfasser des Briefes, bestritt aber dessen Strafbarkeit. Der Staatsanwalt schloß sich an, daß die „Volkszeitung“ den Nothstand in Ostpreußen in tendenziöser Weise auszuheben gesucht habe, findet aber in der bisherigen Unbescholtenheit der beiden Angeklagten mildernde Umstände, die ihn veranlassen, nur eine Geldbuße von 30 Thlr. gegen Dr. Hirsch und 15 Thlr. gegen Steinig und die Vernichtung des Artikels zu beantragen. — Der Verteidiger des ersten Angeklagten, Rechtsanwalt Wundel, führt aus, daß derselbe keine bestehenden Staatseinrichtungen geschmäht, sondern nur Einrichtungen, die seiner Meinung nach bestehen mußten, näher beleuchtet habe. Ueberhaupt sei das, was der Artikel behauptet habe, daß die Regierung nicht die Macht gehabt habe, den Nothstand zu beseitigen, vollkommen richtig, da die Privatmildthätigkeit mit so bedeutenden Opfern eintreten mußten. — Der Angeklagte Steinig bestritt die politische Tendenz bei Schilderung des Nothstandes seitens der „Volkszeitung“, indem er darauf hinweist, daß diese gerade, um wahrheitsgetreue Berichte zu erhalten, Herrn Hirsch nach Ostpreußen entsendet habe. — Der Gerichtshof erkennt nach kurzer Beratung, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, gegen Dr. Hirsch auf 30 Thlr. und gegen Steinig auf 15 Thlr. Geldbuße, so wie auf Vernichtung des inframittirten Artikels.

— Bekanntlich soll der Großherzog von Weimar nach Petersburg gegangen sein, um sich bei dem verwandten russischen Hofe über die Verkürzung seiner Souveränität zu beklagen. Die Nachricht, welche von der „Köln. Ztg.“ ausging und in der „National-Ztg.“ ein mattes Dementi hervorrief, wird indirekt vom Petersburger „Golos“ bestätigt. Dieser — das Blatt des Unterrichtsministeriums und gerade deshalb zu Mittheilungen gebraucht, die das auswärtige Amt ohne jede eigene Verantwortlichkeit an ihre Adresse befördern will — enthält folgende auffallende Worte: „Die großen Veränderungen, welche seit dem Krimkrieg eingetreten sind, machen es Russland unmöglich, sich der kleinen deutschen Staaten, wie früher, anzunehmen. Wie die Dinge liegen, können wir nicht mehr fremde Interessen beschützen, wenn wir unsere eigenen wahrnehmen wollen. Unsere Politik richtet sich auf den Orient, und um sie durchzuführen, müssen wir uns mit Preußen verhalten. Wenn aber ein Bruch mit Preußen unmöglich ist, wozu sollen wir beim Berliner Kabinett erst noch wegen der kleinen petitioniren, da es doch nichts nützen wird?“ Der Großherzog von Weimar ist der einzige deutsche Fürst, der sich augenblicklich in Petersburg befindet.

— Die polnische Nachricht, daß General Fleury, der Adjutant, Stellmeister und langjährige Vertraute des Kaisers Napoleons, mit einer politischen Mission nach England gegangen ist, wird der „Post“ von dort aus bestätigt. Er hat bei Lord Stanley und dem Herzog von Cambridge Audienz gehabt und es für gut gefunden, seinen Aufenthalt zu verlängern. Vermuthlich hält ihn die schwankende Lage des Kabinetts noch da. Daß er etwas erreichen wird, ist so unwahrscheinlich, als es war.

Breslau, 16. Mai. Gestern Nachmittag um 4 Uhr begab sich die städtische Deputation in corpore nach der Michaelskirche, um den noch erhaltenen südlichen Thurm der eingehendsten Revision zu unterziehen, und bestieg zu dem Ende, das erste Mal seit dem Einsturz, den Thurm bis zur höchsten Spitze. Sicherem Vernehmen nach haben sich die Mitglieder der Deputation nach der strengsten und gewissenhaftesten Prüfung einstimmig dafür erklärt, daß das Bauwerk nicht niedergerissen zu werden braucht, sondern erhalten bleiben soll. Vorbehaltlich der Genehmigung der königlichen Regierung werden schon im Laufe der nächsten Woche die Abräumungsarbeiten beginnen. Herr Fürstbischof Dr. Rosier ist erklärt haben, daß er den eingestürzten Thurm aus Cement aufmauern lassen wolle, um dem Bauwerk eine größere Haltbarkeit zu verleihen. Ebenso soll dem südlichen Thurme durch vermehrte eiserne Anker eine größere Festigkeit gegeben werden. (Bresl. Ztg.)

Dirschau. Bereits sind 75 Arbeiter bei den Erdarbeiten des hiesigen Rangirbahnhofs beschäftigt.

Köln, 16. Mai. Der Verwaltungsrath der Köln-Mindener Eisenbahn hat in seiner heutigen Sitzung die Dividende pr. 1867 auf 8 1/2 Prozent festgesetzt.

Norderney, 15. Mai. Sr. Maj. Dampfanonenboot „Komet“ ist heute von Kiel hier eingetroffen.

Stettin, 15. Mai. Am Freitag den 21. d. Mts. wird der Central-Güterbahnhof an der Parnitz vollständig dem Verkehr übergeben werden.

Stettin, 15. Mai. In verlossener Nacht gegen 12 Uhr brach in der Spiritfabrik des Herrn Paul Jul. Stahlberg, auf der Oberwieß Nr. 84, Feuer aus. Anfangs beschränkte es sich auf einen Theil des Fabrikgebäudes, so daß der größte Theil des auf dem Hofe und in den Remisen lagernden Spiritus geborgen werden konnte. Um etwa 1 1/2 Uhr explodirte jedoch ein Spiritusbehälter und das Feuer griff von diesem Moment ab mit rasender Heftigkeit um sich, so daß die Feuerwehr trotz der aufopferndsten Thätigkeit bald nicht mehr im Stande war, das Feuer von den Nebengebäuden abzuhalten, und sich darauf beschränken mußte, zu verhindern, daß das Feuer über das bereits brennende Schulhaus und auf der anderen Seite über den Rückforth'schen Hof hinaus fortschreite. Das Feuer ergriff allmählich sämtliche zwischen diesen Grenzen liegenden Gebäude, und es schien lange Zeit, als würde es den unausgeseg-

ten Bemühungen der Feuerwehr gelingen, ein weiteres Umsichgreifen zu verhindern. Da explodirten um etwa 4 1/2 Uhr kurz hintereinander zwei Spiritusreservoirs in der Rückforth'schen Fabrik und wenige Augenblicke später hatte das Feuer die auf der anderen Seite der Straße nach dem Wasser zu gelegenen Grundstücke ergriffen. In die Gänge nach dem Wasser war eine große Anzahl der aus der Stahlberg'schen Fabrik geretteten Spiritusfässer gebracht, auch diese fingen Feuer und verbreitete dasselbe schnell nach allen Richtungen, der brennende Spiritus floß in die Oer und brannte dort weiter; eine Anzahl der dortigen Anwohner, welche durch Boote Mobiliar u. c. retten wollten, wurden durch das Feuer, wie man sagt, meist nicht erheblich, beschädigt. Bis Mittag waren die unten aufgezählten 13 Grundstücke größtentheils in Asche gelegt, und nachdem um 11 Uhr noch ein Spirituslager explodirt ist, scheint die dringende Gefahr für die übrigen Gebäude der Oberwieß beseitigt. Bei der ersten Explosion wurden leider mehrere Personen sehr gefährlich verletzt. Ein Oberfeuermann und der Hauptlehrer Müller von der Oberwieß'schen Schule wurden gänzlich mit brennendem Spirit überdeckt, so daß beide am ganzen Körper sehr schwer verbrannt sind. Herr Brand-Direktor Beck, welcher sich ebenfalls in unmittelbarer Nähe des Herdes der Explosion befand, wurde erheblich am Unterkörper, an den Händen und im Gesicht verbrannt; sein Zustand ist nicht ohne Bedenken. Weniger erheblich verletzt sind bei dieser und den folgenden Explosionen eine größere Anzahl Personen, u. A. auch die Herren Baumeister, Wagners und Bollmann, mehrere Feuerwärter und Soldaten. Wie man sagt, soll ein Feuermann gänzlich vermisst werden. Die zerstörten Gebäude gehörten dem Spiritfabrikanten P. J. Stahlberg, Rückforth Nachf. und Radloff, der Viehhalterin Wwe. Schmidt, dem Viehhalter Stahlkopf (sämmlich bei der städtischen Feuerlöschgesellschaft versichert), den Kupferschmiedemeistern Bernau und Majorowicz, der Schlosserwitwe Barow (bei Privatgesellschaften versichert). Die verbrannten Spiritusvorräthe werden auf 1 1/2 Mill. Quart und der Schaden an den versicherten Waaren und Utensilien auf über 500,000 Thlr. geschätzt.

(Nachsicht.) Das Feuer auf der Oberwieß ist auf den geschätzten Umfang (ungefähr 500 Quadratrußen) beschränkt geblieben. Doch waren die Vörschmannschaften den ganzen Tag hindurch damit beschäftigt, eine etwaige weitere Verbreitung nach den benachbarten Grundstücken zu verhindern, während sie die in der Mitte des gewaltigen Feuerherdes noch aufsteigenden Flammen ruhig ausbrennen ließen. Von den benachbarten Wäldern oder von der Oer aus gesehen, bieten die abgebrannten Grundstücke ein Bild atter Verwüstung, einzelne Mauerreste ragen aus den qualmenden Trümmerhaufen empor und dazwischen stehen nur die hohen Giebelstämme unverfehrt. Die Zahl der verunglückten Personen ist zwar nicht so groß, als sie Anfangs von den, wie gewöhnlich in solchen Fällen, übertreibenden Gerüchten gemacht wurde, doch ist sie in der That nicht gering. Der Feuermann Naaths ist verbrannt. Ferner werden bestimmt vermisst von der Familie des Feuermanns Dahms fünf Personen, die wahrscheinlich in der Oer ihren Tod gefunden, da sie sich aus dem Hause, welches durch die Morgens 4 1/2 Uhr erfolgte (zweite) Explosion in Flammen gesetzt wurde, fast nackt auf ein Boot geflüchtet hatten, welches durch die unmittelbar darauf folgende dritte Explosion ebenfalls Feuer fing. Durch Brandwunden beschädigt sind, soweit bekannt, einige dreißig Personen, darunter (außer den bereits Genannten) mehrere Beamte der Berlin-Stettiner Eisenbahn, mehr oder minder schwer, und der Polizei-Direktor v. Warnstedt leicht. In das Krankenhaus ist nur der schwer verletzte Oberfeuermann eingeliefert; die übrigen Kranken werden in ihren Wohnungen ärztlich behandelt.

— Die Beteiligung der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft beim Brand reducirt sich derart, daß ihr für eigene Rechnung ein Risiko von 40,457 Thlr. verblieben ist. Der angerichtete Schaden dürfte durchschnittlich höchstens 50 pCt. der versicherten Summen erreichen.

Sachsen. Dresden, 15. Mai. Durch k. Dekret werden die Sitzungen des Landtages bis zum 28. Mai verlängert.

Die erste Kammer hat die Verabreichung der Eisenbahnvorlagen begonnen. Drei Bahnlagen durch die südliche Lausitz wurden als Staatsbahnen genehmigt. Für die Linie Chemnitz-Leipzig wurde der Antrag der Deputation, lautend auf Ablehnung als Staatsbahn mit 18 gegen 17 Stimmen angenommen.

Bremen, 15. Mai. Der bisherige hantseatische Geschäftsträger in Washington, Dr. Johannes Rösing, ist zum General-Konsul des Norddeutschen Bundes in Newyork ernannt.

#### Deutsche.

Wien, 15. Mai. (Unterhaus.) Nach einer längeren Rede des Handelsministers wurde der deutsch-österreichische Handelsvertrag genehmigt.

— Der Budgetausschuß bewilligte in seiner heutigen Sitzung einen nachträglichen Kredit von 250,000 Fl. für die ostasiatische Expedition und genehmigte ferner die Aufnahme einer schwebenden Schuld im Betrage von 25 Millionen. Dieselbe ist rückzahlbar bis Ende Dezember 1869 und zwar aus dem gesammten Staatseinkommen, insbesondere aber aus dem durch den Verkauf der Staatsgüter erzielten Erlös.

Wien, 16. Mai. Herrenhaus. Das Gesetz, betreffend die österreichische Nordwestbahn (Linie Wien-Znaim-Rollin) wurde nach dem Antrage der Kommissionsmehrheit in der vom Unterhause festgestellten Fassung mit 43 gegen 28 Stimmen angenommen. Dieses Votum stellt diejenige Konzessionsurkunde in Aussicht, welche der Offerte des Konfortiums Salm-Haber entspricht.

— Die heute stattgehabte Generalversammlung der Aktionäre der Nationalbank hat die Vorschläge der Direktion angenommen und dieselbe zur weiteren Verhandlung mit der Regierung ermächtigt.

— In Wien ist die Bildung einer deutsch-katholischen Gemeinde in der Entstehung. Es sind bereits Schritte geschehen, um die gesellschaftliche Anerkennung der freien katholischen Glaubensge-

meinden zu erwirken. Johannes Ronge wird sich in Kurzem nach Wien begeben.

Wien, 17. Mai. Das Subkomitee des Finanzausschusses hat in seiner gestrigen Sitzung die zwangsweise Konvertirung der Staatsschuld mit 4 prozentiger statt mit 5prozentiger Verzinsung beschlossen, welches eine Kuponsabgabe von 25 Prozent gleichkommen würde. Die steuerfreien Papiere sollen verhältnismäßig höher verzinst werden. Der Finanzminister hält nur an einem Abzuge fest, der einer 17prozentigen Kuponssteuer gleichkommt.

Triest, 15. Mai. Der Lloyd-Dampfer „Jupiter“ ist heute Vormittag mit der ostindischen Ueberlandpost aus Alexandria eingetroffen. Dieselbe überbringt Nachrichten aus Hongkong vom 8., aus Singapore vom 15., aus Kalkutta vom 20. und aus Bombay vom 25. April. Aus Japan wird gemeldet, daß die Stellung des Mikados sich beseitigt und derselbe die Absicht habe, Jeddo zu verlassen. — Der junge Kaiser von China hatte sich am 27. März vermählt.

#### Großbritannien und Irland.

London, 14. Mai. Gestern Morgen begab sich die Königin nebst den jüngeren Mitgliedern ihrer Familie, begleitet von einer Schwadron Kavallerie, von Buckingham Palace nach Lambeth, wo gegenüber dem Parlamentsgebäude das neue St. Thomas-Hospital entstehen soll. Der Prinz von Wales, der Herzog von Cambridge, der Hofstaat, das Kabinett und ein sehr zahlreiches Publikum, unter welchem Adel und Geistlichkeit stark vertreten waren, hatten sich zur Grundsteinlegung eingefunden und empfingen die Königin mit lautem Zuruf. Die Kuratoren des Hospitals überreichten ihr darauf in dem zu diesem Zwecke eigens errichteten Pavillon eine Adresse, die den Dank der Anstalt für die von der Königin bewiesene Gnade so wie die Glückwünsche für die Rettung des Herzogs von Edinburgh ausdrückte. Die Grundsteinlegung wurde sodann in der gebräuchlichen Weise vorgenommen. Uebrigens scheint sich die Anstalt bedeutender klassischer Unterstützung zu erfreuen; denn in der Empfangshalle prangte als offizielle Devise des Instituts in prachtvoller Stiderei die Inschrift: „Floreat Hospitium Sancti Thomasi.“ Es gab unter den Zuschauern mehr als einen ungläubigen Thomas, der den Gelehrten des Hospitals das Recht abstritt, ihn nun auf einmal aus der ersten in die zweite Deklination zu degradieren.

London, 15. Mai. Gestern Nachmittag begaben sich die Bischöfe der irischen Staatskirche nach Windsor, um der Königin eine Adresse zu überreichen. In derselben weisen die Bischöfe auf die Gefahren hin, welche sie in Folge der in Aussicht stehenden Maßregeln gegen das Bestehen der irischen Staatskirche und die Entfremdung ihres Eigenthums erblicken, und protestiren dagegen im Namen ihrer Kirche. Die Königin hat auf diese Adresse geantwortet: „Ich danke Ihnen für Ihre loyale und pflichtgetreue Ansprache. Ich habe das Vertrauen, daß die Segnungen, welche Sie für mich und meine Familie erlesen, erhört werden mögen zum Heile der Kirche und des Königreiches. In Gewährung der in einer Adresse des Hauses der Lords ausgesprochenen Bitte habe ich eine Kommission ernannt zur Untersuchung des Zustandes der Kirche in Irland, und ich hege keinen Zweifel, daß mein Parlament, wenn es durch die Arbeiten dieser Kommission vollständig unterrichtet sein wird, solche Maßregeln treffen wird, die zugleich gerecht sind und zur Aufrechterhaltung wahrer Religion unter meinem Volke führen werden.“ Die „Times“ bemerkt dazu: „Was konnten die Bischöfe für eine Antwort von der Königin erwarten? Sie ist eine konstitutionelle Herrscherin, und eine Regierung von dreißig Jahren, nichts zu sagen von den Traditionen ihres Hauses, hat sie die Mäßigung in der Sprache und Haltung gelehrt, welche die Regenten dieses Landes beobachten müssen. Sie hat ministerielle Rathgeber, und der Chef derselben, welche Paradoxen er auch selbst aussprechen mag, weiß doch seiner königlichen Herrin Vorsicht zu rathen.“

London, 16. Mai. Das „General Telegram Office (Pope & Ree)“ meldet aus New-York vom heutigen Nachmittage: Der Präsident wurde von dem ersten Anklagepunkte freigesprochen. Dies ist entscheidend.

London, 17. Mai. Das „General Telegram Office (Pope & Ree)“ erhielt folgende weitere Mittheilung aus New-York vom gestrigen Abend: Der Senat hat mit 35 Ja's und 19 Nein's die Verurtheilung des Präsidenten abgelehnt, und sich dann bis zum 26. d. vertagt.

— „Oberver“ will wissen, daß die Opposition das Armstrong'sche Mißtrauensvotum ignoriren und die Regierung maßgeblich bis zum Frühjahr unangefochten lassen werde.

Die Hinrichtung des wegen Mordes zum Tode verurtheilten Feniers Barret ist auf den 19. d. anberaumt worden.

#### Wandereien aus der Natur.

Von Karl Ruk.

#### Frühlings-Einzug.

Weilchen sah ich, halb beschneit  
Zwischen Gras und Moos.  
Weilchen, thust mir wahrlich leid  
Denk ich an die Frühlingszeit  
Und an manche Rose.  
Weilchen aber sang mir zu:  
Hoffe, hoffe Du!  
Weilchen im tiefen Thal  
Kindet der Sonnenstrahl!  
Hoffmann v. Fallersleben.

Ein milder Frühlingsabend lagert über der Flur. Die wundervollen Tinten des Himmels wechseln vom matten Bläulichgrau bis zum tiefsten Dunkelblau, vom prächtigsten Purpurroth bis zum lieblichsten Rosa. Und rings allüberall sind zarte, weiße Wölfehen über den Himmelsbogen zerstreut, die trauten „Schäfschen“ der Sagenwelt. Doch zwischen ihren von den Sonnenstrahlen umgoldeten phantastischen Gruppen erblickt das in aller dieser Schönheit schmelzende Auge gleichsam unzählbare Sternchen. Die vom Abendroth verklärten Frühlingslänger erscheinen uns als wahre Himmelsboten, welche die Herrlichkeit und Größe, die Pracht und Sonne jubelnd aller Welt verkünden.

Höher und höher steigen die Schatten, denn tiefer sinkt das Tagesgestirn hinab.

Immer lauter und begeisterter erschallen die Freudenlieder der im Aether tanzenden Lerchen, unzählige Stimmen jauchzen, jubeln

und frohlocken rings um uns her — und doch herrscht eine großartig erhabene Ruhe in der ganzen Schöpfung.

Ja, immer fühlbarer tritt die feierliche Stille der Natur uns entgegen und erfüllt mit mächtigen Gefühlen unsere Brust. Für jedes warmschlagende, empfängliche Herz bietet ein solcher Abend eine Fülle der reinsten und beglückendsten Genüsse. Natürlich müssen wir des menschlichen Lebens Druck und Sorge — alle „Geschäfte“ — vollständig abzuschießen vermögen und mit kindlich harmlosen Gemüth hinauskommen; dann, nur dann können wir das uns umgebende Leben verstehen, sein Regen und Weben mitfühlen und in diesem Gefühl sehr glücklich sein. Dann werden wir die Eindrücke eines Spazierganges kaum mit den Freuden vertauschen, die uns irgend welches Vergnügen der menschlichen Gesellschaft bieten könnte.

So geben wir heute hinaus. Der nahe Wiesenrand sendet uns balsamische Dünste entgegen; dort feiern die lieben Weilchen den neuen Sieg der bescheidenen Schönheit über die stolze Farbenpracht der geruchlosen Herbstblumen, wie den des warmathmenden Frühlings über den starren eisigen Winter. Noch ist es nicht lange her, da hielt die harte Nacht des letzten rings Alles in grauenhaften Fesseln, — doch wie das Menschenherz vergangenem Leid und Weh im Sonnenschein des Glücks gar leicht vergißt, so gedenken auch die lieblichen Kinder der Natur im warmen Frühlingswehen nimmermehr der Stürme und Fröste des Winters.

Am Rande des Baches entlang die Weiden und Pappeln lassen gar malerisch ihre goldigen Räschen im linden Hauche wehen. Unter ihnen, über den saftig ergrünenden Rasen gleichsam ausgestreut, grüßen uns schneeweiße Glöckchen des Sauerklees mit reizenden

rothen Aederchen, gelbe Anemonen, welche sich zu den bereits verblühenden weißen gesellt haben, röthlich bunte Wicken, goldene Himmelschlüsselchen (Frühlingsprimel), Butterblumen, Gahnenfuß, und viele andere, mit denen allen die „Märzweilchen“ genannten, doch jetzt erst recht in ihrer Fülle sich erschließenden kleinen Lieblinge Flora's an Schönheit und Duft wetteifern.

Einen wundervollen Anblick gewährt uns auf einem freien Plage ein stattlicher Korkastanienbaum. Aus seinen braunen, wie lackirt glänzenden Knospen quillt das zarte junge Grün in üppiger Fülle — und hierzu einen wundervollen Kontrast bildet der unweit davon stehende Lärchenbaum, an dessen lichtgrünen Blätterbüscheln schöne purpurne Zapfen prangen.

So wie aber in der Pflanzenwelt rings um uns her freudig Alles prangt und duftet, so begegnen wir auch in der Thierwelt einem gar munteren Treiben und Tummeln. Immer lebendiger wird's im Walde und auf den Fluren, vornehmlich im Gebüsch und in den Hecken. Blauefliegen und Pieper huschen und schlüpfen durch die unbelaubten Zweige; ihnen folgen Grasmücken, Fliegenknäuper, Würger u. A., und auch die letzten Nachzügler, die Rothkehlchen und Finkenweihen, kommen jetzt an.

In dem Gesträuch am Wasser schmettet eine gelbe Grasmücke, die soeben erst angekommen ist, und in dem um die Hecke schon recht hohen Grase trippelt eine Brut junger, bereits halbflügler Kibige umher, während die beiden Alten mit ängstlichem Geheiß über uns freien, sich dann aber bald beruhigen, sobald wir uns hinwegwenden. Wir folgen dem, einen Wiesenrain gesäumenden und die ganze Matte in zwei Hälften theilenden Gebüsch geradeaus bis zum Borholze, von wo aus uns viele herzige Vogelstimmen entgegenhallen.



Frankreich.

Paris, 15. Mai. Die „Patrie“ enthält, betreffend die Ansprache des Generals de Failly an die Offiziere im Lager von Châlons, einen Artikel, in welchem das Blatt sein Staunen darüber ausdrückt, daß die Rede als kriegerisch aufgefahst worden sei. Ein General könne doch in keinem Falle seinen Offizieren sagen, der Krieg sei eine Unmöglichkeit. Die Rede habe keine andere Bedeutung als diejenige, die Offiziere für eifrige Betreibung der militärischen Instruktion anzuspornen.

Die „Patrie“ bringt ferner einen Artikel über den Stand der Saaten, aus welchem hervorgeht, daß die Ernteaussichten in ganz Frankreich ausgezeichnet sind, sowohl für das Getreide, als für die Runkelrüben und die Kartoffeln. Auch die Weinernte scheint, abgesehen von dem Eintrag, den Fröste in einzelnen Distrikten im Süden gefhan haben, vortreflich zu werden.

Die dem Bey von Tunis gestellte Frist sollte gestern ablaufen. Paris, 15. Mai. „Etandard“ meldet, daß nach Privatbesuchen aus Tunis vom 13. d. der französische Konsul daselbst der tunesischen Regierung ein Ultimatum überreicht hat.

Paris, 16. Mai. Fürst Metternich wird heute Abend in Paris zurückerwartet.

Paris, 17. Mai. Der französische Botschafter in Florenz, Baron Malaret, ist von hier abgereist, um auf seinen Posten zurückzukehren. — Wie versichert wird, sind behufs Arrangements der tunesischen Angelegenheit Verhandlungen eingeleitet.

— Das Verhältnis der luxemburgischen Wilhelmsbahn zur französischen Ostbahn erregt jetzt besondere Aufmerksamkeit. Nachdem in vergangenen Herbst das frühere Pachtverhältnis zwischen beiden Gesellschaften, betreffend die Uebernahme der Betriebsleitung durch die französische Compagnie, auf weitere 50 Jahre ausgedehnt worden, konnte man annehmen, daß die Frage bis auf Weiteres vertagt sei. Es stellte sich jedoch schon vor etwa sechs Wochen heraus, daß die Ostbahn neuerdings Verhandlungen eingeleitet, um in den vollständigen Besitz dieser luxemburgischen Linie zu treten. Es wurde sogar ein vollständiger Vertrag darüber aufgestellt, dessen Genehmigung jedoch von dem luxemburgischen Ministerium beanstandet wurde. Ein Beschluß der Kammer des Großherzogthums hieß diese Verhandlung neuerdings ausdrücklich gut. Diese Thatsache hat hier böses Blut gemacht und war man schon seit der luxemburgischen Verwidelung des vergangenen Jahres in Paris nicht gut auf den Regenten des Großherzogthums, den Prinzen Heinrich, zu sprechen, so tritt das Uebelwollen gegen denselben verstärkt hervor, da man natürlich ihn für den angedeuteten Weigerungs-Einschluß des luxemburgischen Ministeriums verantwortlich macht. Man erinnert sich zugleich, daß, bevor die Wilhelmsbahn noch mit der französischen Ostbahn überhaupt in nähere Verhandlung trat, die erstere dem preussischen Handelsminister Grafen Tzenigk die luxemburger Linie zum Kaufe angetragen hatte, und daß preussischerseits damals nicht in ganz entschiedener Weise ablehnend geantwortet, vielmehr darauf hingewiesen worden war, daß man nicht eher auf dieses Anerbieten prüfend eingehen könne, bis alle Verbindlichkeiten der Wilhelms-Bahn, die aus der Verpachtung des Betriebes an die französische Gesellschaft entpfielen, gelöscht seien. In dem neuen Kaufvertrags-Entwurfe, durch den die Wilhelms-Bahn ganz in französischen Besitz übergehen soll, befindet sich ein Artikel 7., der festsetzt, das keine andere luxemburgische Bahnlinie zum konkurrierenden Anschlusse an das französische Eisenbahnnetz gebaut werden dürfe. Wegen dieser Bestimmung vermuthet man hier, daß preussischer Einfluß hinter der Ratifizierungsverweigerung des Prinzen Heinrich, seines Ministeriums und der luxemburgischen Kammer vorliege, um zu verhindern, daß Frankreich so gleichsam das Monopol einer strategisch wichtigen und die Straße nach Deutschland beherrschenden Eisenbahnverbindung erlange. Allerdings handelt es sich hier nur um eine Einschüchterung der luxemburgischen Lokaleregierung und an eine diplomatische Behandlung des Falles direct zwischen Berlin und Paris ist in keiner Weise zu denken. Die „France“, welche heute die Angelegenheit berührt, behauptet vorerst noch, daß man Unrecht gehabt, das Gerücht zu verbreiten, der luxemburgische Ministerpräsident habe rundweg abgelehnt, die letzten Vereinbarungen zu sanctioniren, welche zwischen den beiden Bahnen getroffen worden sind. Er habe nur geäußert, daß er, entgegen der Meinung der beiden Gesellschaften, der Ansicht sei, den neuen Vertrag der Gutheißung der Regierung unterbreitet zu sehen; er habe aber weder für noch gegen eine Entscheidung getroffen. Diese anscheinend maßvolle Berichtigung zeigt indeß an, daß die Verhandlungen in der luxemburgischen Kammer über diesen Gegenstand hier in Paris sehr übel vermerkt worden sind.

Marseille, 15. Mai. Nach Berichten aus Rio de Janeiro vom 15. April ist Silveira de Souza zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden.

Niederlande.

Haag, 15. Mai. Die erste Kammer verwarf in ihrer heutigen Sitzung den Antrag, eine Adresse, betreffend die gegenwärtige politische Situation, an den König zu richten.

— Die Pariser „Liberté“ bemerkt zu der Nachricht, daß die Festungswerke von Luxemburg bisher nicht, wie es in dem Londoner Vertrage ausbedungen war, demolirt, sondern in ihrem vorigen Bestande gelassen worden sind: „Wir glauben zu wissen, daß England in dieser Beziehung und Namens der Mächte, welche an dem Vertrage von London 1867 Theil genommen haben, Schritte bei dem Großherzoge gethan hat, um ihn zu veranlassen, die Schleifung der Festung zu beschleunigen.“

Ein reizendes Blauehlchen wisperst in den Weidenzweigen und blickst uns so zutraulich an, gleich als wüßte es ganz zuversichtlich, daß wir ihm kein Leid zufügen werden; eine goldgelbe Bachstelze fliegt mit frohlockendem Zi! Zi! über uns hinweg dem Wasser zu, und ein kleiner Würger wiegt sich auf einer schlanken Spitze des Dornbusches, den er zum Nestbau sich auserwählt hat. Auch sie alle sind soeben erst in die Heimath zurückgekehrt.

Beim Betreten des Waldes schallen uns, wie aus großer Entfernung, die Lieder der Drosseln entgegen und dazwischen der leise Ruf des Wiedehopfs. Dieser, dem des Kukufs einigermaßen ähnlich, soll, nach dem Volksglauben, den nun ebenfalls bald erklingenden des lefteren ankündigen und deshalb nennt der Volksmund den Wiedehopf „des Kukufs Küster.“ Das Huppuphuppup! hallt so sonderbar, so gewissermaßen geheimnißvoll, gleich als wolle es uns daran gemahnen, daß wir jetzt nimmer gedankenlos oder hartherzig und gleichgültig eintreten dürfen in des Waldes „heilige Hallen.“ In der That, wer nur überhaupt Sinn und Empfänglichkeit für die erhabene Schönheit der Natur in der Brust trägt, wie könnte der jetzt wohl ohne Beben und Herzpochen in den Wald einziehen! Im wundervollen Maigrün der zarten jungen Blättchen prangen jetzt alle Zweige.

Welche Anregung zu Naturbeobachtungen, zum praktischen, daß heißt nicht blos wirklichen Nutzen bringenden, sondern auch reichlich befriedigenden Naturstudium vermögen uns die so wunderbar mannichfaltig verschiedensten Blätter und Triebe der Bäume und Sträucher des Waldes, Hains und Gartens, in ihrer Entfaltung, vielerlei Gestalt, Farbe u. s. w. zu geben. Wir müssen uns jedoch hier mit dieser Anregung begnügen; zur weiteren Betrachtung der gesammten Belaubung gelangen wir noch späterhin.

## Belgien.

Brüssel, 15. Mai, Vormittags. Durch königliches Dekret werden die Wähler von 5 Provinzen zum 9. Juni einberufen, um die verfassungsmäßig vorgesehene Neuwahl der Hälfte der Abgeordneten zur Deputirtenkammer vorzunehmen.

Brüssel, 15. Mai, Nachmittags. Nach einer lebhaften Diskussion beschloß die Kammer mit 75 Stimmen gegen 15 das Fremdengeſetz ohne Modifikationen auf weitere drei Jahre in Kraft beſtehen zu laſſen.

Brüssel, 16. Mai. Am Schlusse der gestrigen Sitzung hat sich die Repräsentantenkammer auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Italian.

Florenz, 15. Mai. Deputirtenkammer. Der Finanzminister ersuchte die Kammer, daß gleichzeitig mit der Schlussabstimmung über das Wahlsteuergesetz auch die Gesetze betreffend die Registrationssteuer und die KonzeSSIONsertheilungen votirt werden. Die Kammer erklärte sich hiermit einverstanden und wird morgen die Diskussion darüber beginnen. Der Minister erklärt ferner, daß die Regierung, wenn die noch zu votirenden Finanzgesetze nicht ausreichen sollten, ein völliges Gleichgewicht des Budgets herbeizuführen, ein Gesetz betreffend die Besteuerung von Getränken einbringen werde.

Florenz, 17. Mai. Korrespondenzen aus Rom theilen mit, daß eine beträchtliche Anzahl französischer Soldaten in Rom unter dem Vorwande angekommen ist, die Beurlaubten zu ersetzen. — Der plötzliche Tod des Kardinals Andrea hat hier einen schmerzlichen Eindruck hervorgerufen. — Man hofft, daß die von Florenz augensichtlich abwesenden Deputirten zur Schlußabstimmung über das Wahlsteuerergesetz auf ihren Posten zurückkehren werden. Das wahrscheinliche Resultat der Abstimmung ist jedoch ungewiß.

— In Turin hat man, wie der „Liberté“ von dort berichtet wird, es sehr beachtet, daß Herr v. Risseleff, russischer Gesandter in Italien, dem Prinzen Napoleon während dessen Aufenthalt dort keinen officiellen Besuch abgestattet hat. Dagegen wurde auch Frau v. Risseleff, eine geborne Ruspoli, die der Prinzessin Klotilde ihre Aufwartung machen wollte, von dieser nicht empfangen. Es scheint, daß, seitdem Prinz Napoleon im Senate seine berühmte Rede zu Gunsten Polens gehalten, alle Agenten Rußlands im Auslande den Auftrag erhalten haben, jede Begegnung mit dem Prinzen Napoleon zu vermeiden.

Rom, 11. Mai. Es ist von einer Note Kardinal Antonelli's die Rede, worin die katholischen Mächte ersucht seien, bei der zweiten Auflage der September-Konvention in erster Linie die Forderung des heil. Stuhles zu befürworten: „Die italienische Regierung wird von neuen Verpflichtungen, die Grenze zu sichern, dispensirt, wogegen dem Papste kein Hinderniß in den Weg gelegt werden darf, sein Militär auf einen Etat über 25,000 Mann hinauszubringen.“ Die Sache hat für die Nationalitätsfreunde eine besondere Seite, sie denken bei einem solchen Verbote, das Militär ins Unbestimmte hin zu vermehren, nicht sowohl an Stalien als an Rom. Wer die Hauptstadt hat, hat Alles, das ist die Parole der Klerikalen. Bei einer ernstlichen Insurrektion der Römer, zu der diese übrigens nicht fähig sind, würde allerdings die vorhandene Garnison Mühe haben, die Regierung zu halten. Je mehr die päpstliche Regierung ihre Selbstständigkeit will, desto mehr Truppen bedarf sie. Es fehlt nicht an Desertionen; seit 1. Januar sollen 621 römische Soldaten desertirt sein. Wie verlautet, sind 1000 „junge Amerikaner“ entschlossen, dem Beispiele der bereits eingetrossenen Kanadier zum freiwilligen Eintritte in den päpstlichen Dienst zu folgen.

— Ein junger protestantischer Prediger Namens Becker, der sich in Rom aufhielt, um archäologische Studien zu machen, benutzte seinen Aufenthalt gleichzeitig dazu, unter den deutschen Soldaten, die im Solde des Papstes stehen, protestantische Propaganda zu machen. Der römische Hof, dem dies zu Kunde kam, wandte sich an den preussischen Gesandten v. Arnim und letzterer bewog Herrn Becker, des Friedens halber Rom zu verlassen.

Portugal.

Lissabon, 16. Mai. Aus Rio de Janeiro sind Nachrichten bis zum 24. April eingetroffen. Das Bombardement von Humaita wurde fortgesetzt; man erwartete täglich die Uebergabe.

Lissabon, 17. Mai. Die Deputirtenkammer hat in ihrer gestrigen Sitzung das Indemnitätsgesetz mit 98 gegen 8 Stimmen angenommen.

## Rußland und Polen.

Kasan, 29. April. Heute als am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers, ist hier eine militärische Feier seltener Art begangen worden, über welche der „Invalide“ u. A. berichtet: „Am 15.

Weiter im Walde, an tiefen und feuchten Stellen lacht uns zuerst die liebliche Schattenblume oder das zweiblättrige Maiblümchen sehr zahlreich entgegen, so wie auch die edelstengelige und die vielblüthige Maiblume; ferner sind hier an weißen Blumen viele holde Sauerklee glöckchen, die kleinen unscheinbaren Blümchen des Springkrautes, Bärlauchs u. A. erschlossen. Unter den jungen duftig grünen Blättern der Gebüsche hervor, suchen wir uns mit vieler Mühe einige bereits erblühte Büschelchen des allerliebsten jun Weinboms sehr geschätzten Waldmeisters. Sonderbarerweise finden wir seine Blüthen wie sein Kraut hier aber fast geruchlos beide nehmen den köstlichen Duft erst in der Berührung mit dem Weine an.

Schöne und zierliche Nischen und Zittergläser, frischgrüne Farnkrautbüschel und, wo nicht loses trockenes Laub liegt, tiefgrüne Rasen von zierlichen Ast-, Leber-, Stern- und anderen Moosen mit schiefen, roth gedeckelten Fruchtbüscheln, dichten und büschelichen Stämmchen, ferner Hainfarnen u. s. w. schmücken den Boden des Hochwaldes, über den wiederum mehrere verschiedenartige groß und kleinere blaue Glockenblumen, rothe, gelbe und violette Blüthentrauben des Nachtelweizens, purpurne Blüthenquirle des Wald-Ziest, Betonien, Prunellen, kleine gelb- u. weißgefleckte Augentrost- sowie Lungenblumen, rankende Wicken und das niedrige Gebüsch von kletternden Jaunwinden sich erheben.

Noch lange, lange weilen wir hier im Anschauen aller dieser Herrlichkeit und Pracht der Natur verfunten. Auf die frischgrün Saaten treten in der Ferne am Waldrande Rothhirsche heraus; es sind jüngere, und seitwärts ein alter, starker, männlicher Hirsch, der hervorkommt, während die alten weiblichen im tiefen Gebüsch bleiben, da sie noch ganz kleine Kälbchen haben. Würzige, vo

(2.) Februar 1814 führte Se. Majestät der jetzige König von Preußen in dem Gefechte von Bar sur Aube eine glänzende Bajonetatlage mit zwei Bataillonen des Regiments Kaluga aus. Vier Jahre später wurde der preussische Prinz zum Chef dieses Regiments ernannt. Am 6. Februar war der fünfzigste Jahrestag dieser Ernennung und eine nach Berlin entsendete Deputation überbrachte an diesem Tage Sr. Majestät dem Könige die Glückwünsche des Regiments. Um das Andenken an diesen Jahrestag zu erhalten, hat Se. Majestät den drei Bataillonen des Regiments Fahnenbänder verliehen und den Wunsch ausgedrückt, daß dieselben am Geburtstag des Kaisers befestigt würden. Diese Fahnenbänder vereinigen die drei Farben des Regiments Kaluga: Dunkelgrün, Roth und Blau, und sind mit reicher Goldstickerei bedeckt, welche der Stickerei auf den Uniformen der preussischen und russischen Generale ähnlich ist. Am 29. April um 9 Uhr Morgens war das Regiment im Paradeanzuge auf dem großen Plage aufmarschirt; Generaladjutant Glinka-Mawrin, Oberbefehlshaber der Truppen des Militärbezirks, überreichte hier feierlich die Fahnenbänder, und Oberst Werner verlas folgenden königlichen Erlaß:

„An den Kommandeur meines kaiserlich russischen Infanterie-Regiments Kaluga (Nr. 5), Obersten Werner. Zur Erinnerung daran, daß ich seit langer Zeit — über 50 Jahre — Chef des kaiserlich russischen Infanterie-Regiments Kaluga (Nr. 5) bin, verleihe ich den drei Bataillonen desselben Bahnbänder. Indem ich Ihnen diese Bänder übersehe, begleite ich sie mit den besten Wünschen für die fernere Blüthe des Waffenruhms im Regiment und ich würde mich freuen, wenn diese Bänder am Geburtsfest Sr. Majestät des Kaisers, Ihres erhabenen Herrn, befestigt würden. Gegeben zu Berlin, den 11. April 1868. Wilhelm.“

Der Ruf des Oberbefehlshabers der Truppen: „Es lebe S. M. der König Wilhelm!“ war das Signal zu einem einstimmigen Hurrahrufe in den Reihen des Regiments, während dessen die Musik die preussische Nationalhymne spielte. Nach Beendigung der kirchlichen und militärischen Festlichkeiten gab der General-Adjutant Glinka-Mawrin Sr. Eminenz dem Erzbischof Antonij, dem Gouvernementschef, vielen andern Civilpersonen und den Offizieren des Regiments Kaluga ein Dejeuner. Zu gleicher Zeit wurden die Unteroffiziere und Soldaten bewirthet. Das Regiment erhielt darauf eine kurze Ruhe, während deren sich die andern Truppen sammelten, welche an der Festparade theilnehmen sollten. Zugleich wurden vom Oberbefehlshaber zwei Telegramme entsendet: Das eine, in französischer Sprache abgefaßt, war an Se. Majestät den König von Preußen gerichtet und lautete:

„Ich habe das Heftipt Eurer Majestät und die Fahnenbänder dem Regiment Kaluga übergeben, welches dieselben mit Entzücken und Dankbarkeit empfangen hat.“

Das Andere an den Kriegsminister war folgenden Inhalts:  
„Ich bitte Eure Excellenz, Sr. Maj. dem Kaiser die unterthänigsten Glückwünsche der Kasaner Garnison zu unterbreiten. Das Rekrut und die Fahnenbänder, welche der König von Preußen deren Regiment übersandt hat, sind übergeben worden. Das Regiment hat sie mit Entzücken empfangen. Wir setzen die Feier fort.“

Der Klang der Glocken der Kathedrale verkündete den Anfang des Gottesdienstes und die Fahnen der Regimenter Kaluga und Tjau und des lokalen Gouvernements-Bataillons wurden in die Kathedrale getragen. Nach dem Gottesdienste fand Parade statt, an welcher alle Truppen der Garnison Theil nahmen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 16. Mai. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist noch nicht veröffentlicht. Im Senate hat Ionesko, der die Regierung heftig angriff, die Vorlegung der die Judenangelegenheit betreffenden diplomatischen Korrespondenz beantragt. Der Senat nahm diesen Antrag mit großer Majorität an.

Einer Mittheilung des Journals „Terra“ zufolge ist die Nationalgarde zu Baku mit einem großen Aufwande militärischer Kräfte entwaffnet worden.

A m e r i f a.

Washington, 14. Mai. Das Haus der Repräsentanten hat mit striktem Parteivotum die Bill angenommen, welche die Südstaaten Nord- und Süd-Karolina, Georgia, Alabama, Louisiana zur Vertretung im Kongreß zuläßt, unter der Bedingung jedoch, daß dieselben das Konstitutions-Amendement ratifiziren und niemals Solchen ihr Stimmrecht verkümmern, die gegenwärtig zur Ausübung desselben befähigt sind.

## Vom Zollparlament:

**12. Sitzung des Zollparlaments.**  
Berlin, 15. Mai. Die Sitzung wurde um 11 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten eröffnet. Das Haus ist ziemlich besetzt, am Tische des Bundesraths Delbrück, Michaelis u. A. Auf der Tagesordnung steht die Vorberatung über die Tabakssteuer-Vorlage, zu welcher verschiedene Abänderungsanträge eingebracht sind.

Abg. Kunge und Genossen beantragen:  
1) §. 1. folgendermaßen zu fassen:

Blüthenduft erfüllte Luft hebt uns so wohlthunend die Brust, unser Auge und Herz erfreut sich am Grün der lachenden Saaten und dem Abendglühen, welches die Zacken der Berge und die Wipfel der Bäume malerisch umgildet. Mit den steigenden Schatten erheben sich auch lauter die Stimmen des Waldes und der Fluren. Aus der Höhe ertönen die Fiedeltriller der Lerche, aus dem dichten Gebüsch das Waldabendlied der Amsel. Dann und wann schmetter ein Fink seinen liebevollen Gruß, ziert Goldammer seine schlichte und doch so zärtliche Weise und flötet Rothkehlchen sein einfach schönes Lied. Und siehe da! Diese drei Stimmen sind für uns die besten Merkmale der voll und reich eingekehrten Frühlingszeit! Wenn sie zugleich Früh und Abends im Hain sich vernehmen lassen, dann erwachen auch bald die letzten Winterschläfer, z. B. die Haselmaus nebst ihren Verwandten, und dann kehren auch schnell die letzten und weichlichsten Wandervogel, Pirol, Bienenfresser, Uferschwalben u. a. zurück. Dann zieht er ein, voll und reich, der holde liebe Frühling in die Natur und in alle Herzen, dann ist die Zeit des Ungemachs und der Trübsal vorüber für immer und Liebe, Wonne, froher, beglückter Jubel schallt uns entgegen auf allen Wegen und allen Stegen. Und auch wir fallen aus voller Brust mit ein in den allgemeinen Sang und Klang und frohlocken:

Saatengrün, Beilchenduft,  
Verkenwirbel, Amselschlag,  
Sonnenregen, milde Luft!  
Wenn ich diese Worte singe,  
Braucht es da noch großer Dinge,  
Dich zu preisen, Frühlingsstag?



Unter Beibehaltung der bisherigen Eingangszölle von Tabak unterliegt der im Zollvereinsgebiete erzeugte Tabak einer Steuer nach Maßgabe der Größe der jährlich mit Tabak bepflanzten Grundstücke.

Die Steuer beträgt von je sechs Quadratruthen (preussisch) mit Tabak bepflanzten Bodens 5 Sgr. (17½ Kr.) jährlich. Flächen unter sechs Quadratruthen sind steuerfrei.

Wo die Quadratruthenzahl der von einem und demselben Pflanzler mit Tabak bepflanzten Gesamtflächen durch sechs nicht theilbar ist, bleibt das unter sechs Ruthen betragende Maß bei der Steuer unberücksichtigt.

2) in §. 2. Alinea 2 statt „drei Quadratruthen“ zu setzen: „sechs Quadratruthen“.

3) in §. 7. unter Abänderung der Vergütungssätze den zweiten und dritten Satz folgendermaßen zu fassen:

Der geringste Vergütungssatz beträgt für den Centner Rohabak und Schnupftabak 12½ Sgr., für den Centner entrippte Blätter und Tabakfabrikate (mit Ausnahme des Schnupftabaks 17½ Sgr.).

Der Bundesrath des Zollvereins ist jedoch ermächtigt, die Ausfuhrvergütung zeitweise oder dauernd bis zum Betrage von beziehungsweise 17½ Sgr. und 22½ Sgr. für den Centner zu erhöhen.

4) §. 12. und 13. des Entwurfs zu streichen.

5) in §. 14. das Wort „übrigen“ zu streichen.

Abg. Hagen beantragt:

im §. 6. als 3. Alinea hinzuzufügen:

„die Bestimmungen über die Höhe der zu gewährenden Steuererlässe dürfen nicht ungünstiger sein, als die dafür bisher in Preußen (nach dem Remissions-Reglement vom 29. Dezember 1828) geltend gewesenen Vorschriften“;

im §. 9. das 2. Alinea zu streichen:

Abgeordnete Krieger (Hofen) und Fabricius stellen den Antrag:

1. aus dem Schlusssatz des zweiten Alinea des §. 1. und dem zweiten Absatz des §. 2. unter entprechender Aenderung der Bezeichnung der folgenden Paragraphen, einen besonderen Paragraphen und zwar in nachstehender Fassung zu bilden:

§. 2. Mit Tabak bebaute Bodenflächen und drei Quadratruthen sind steuerfrei, wenn sie in der Nähe bewohnter Gebäude liegen; auf diese Befreiung hat jedoch stets nur Eine der zu einem Hausstande gehörigen Personen Anspruch.

Abg. Fabricius stellt außerdem den Antrag:

1) im §. 1. Alinea 2. statt „6 Sgr. (21 Kr.)“ zu setzen:

„2½ Sgr. (8½ Kr.)“;

und den §. 12. unter entprechender Aenderung der Bezeichnung der folgenden Paragraphen zu streichen;

2) im Falle der unter Nr. 23. der Druckfaden bereits eingebrachte Antrag auf Herabsetzung des Steuersatzes (§. 1.) von 6 Sgr. auf 3 Sgr. angenommen wird, im §. 12. statt „6 Sgr. (10 Kr. 30 Kr.)“ zu setzen:

„5 Sgr. (8 Kr. 15 Kr.)“;

3) die im §. 7. vorgesehenen Rückvergütungssätze, je nachdem der Antrag zu 1. oder der unter 2. bezeichnete Antrag zur Annahme gelangt, unter Vernachlässigung der Bruchtheile von Silbergroschen verhältnismäßig herabzusetzen.

Abg. Twesten beantragt:

1) im §. 1. Alinea 2. statt „6 Sgr. (21 Kr.)“ zu setzen:

„3 Sgr. (10½ Kr.)“;

und statt „unter 3 Quadratruthen“ zu setzen:

unter 6 Quadratruthen;

2) im §. 7. unter Abänderung der Vergütungssätze den zweiten und dritten Satz dahin zu fassen:

Der geringste Vergütungssatz beträgt für den Centner Rohabak und Schnupftabak 15 Sgr., für den Centner entrippte Blätter und Tabakfabrikate (mit Ausnahme des Schnupftabaks) 20 Sgr. Der Bundesrath des Zollvereins ist jedoch ermächtigt, die Ausfuhrvergütung zeitweise oder dauernd bis zum Betrage von beziehungsweise 20 Sgr. und 25 Sgr. für den Centner zu erhöhen.

3) die §§. 12. und 13. des Entwurfs zu streichen.

Abg. Dr. Schleidner hat einen Antrag gestellt zu den beiden Entwürfen über die Tabaksteuer und den Vereinszolltarif, dahin gehend, den Bundesrath aufzufordern, dem Zollparlament bei dessen nächstem Zusammentritt einen anderweitigen Entwurf eines Gesetzes, die Befreiung des Tabaks betreffend, so wie den Entwurf eines neuen Vereinszolltarifs vorzulegen, welcher, in ähnlicher Weise wie der englische Tarif, unter Befreiung aller notwendigen Lebensbedürfnisse und der für die inländische Landwirtschaft und Industrie erforderlichen Rohstoffe von jedem Zolle, so wie unter möglicher Vermeidung einer Gefährdung der unter der Herrschaft des bisherigen Tarifs entwickelten Gewerbe, durch eine zu plötzliche Entziehung jedes Schutzes, auf dem Princip reiner Finanzzölle begründet ist.

Bei Eröffnung der Generaldebatte erhält zunächst Abgeordneter Grumbrecht das Wort für die Vorlage. (Ungefähr 35 Redner haben sich gegen die Vorlage gemeldet.) Redner ist auf der Tribüne kaum zu verstehen und beginnt mit dem Hinweis auf seine schwierige Stellung, da alle Steuern ein Uebel seien. Mit der Erhöhung dieser Produktionssteuer werde der kolossale Schutzzoll für den Tabak vermindert, welcher bisher bestanden. Der Gesetzentwurf beseitige erhebliche Mängel in der Zollgesetzgebung. Schon seit langen Jahren habe man sich bemüht, eine Gemeinamkeit bezüglich der Tabaksteuer herbeizuführen, ohne das Uebel zu erreichen. In dem vorliegenden Entwurf bietet sich ein Kompromiß der Regierungen, welchem man nicht so schroff entgegen sein dürfe. Der Schutzzoll für den Tabak sei der schlimmste von allen und müsse beseitigt oder doch vermindert werden. Schon eine geringe Verminderung zeige sich von der günstigen Einwirkung, wie erfahrungsmäßig feststehe. (Bei Beginn der Rede ist Graf Bismarck eingetreten.) Redner bespricht die Natur der direkten und indirekten Steuern und giebt den letzteren den Vorzug, vorausgesetzt, daß sie auf die richtigen Objekte gelegt werden. Gebe es irgend ein besseres Objekt zur Besteuerung, als den Tabak? Es sei ein Skandal, daß wir so unverhältnismäßig geringere Steuer vom Tabak erheben, als Frankreich und England. Da werde besser die Salzsteuer reduziert oder beseitigt, welche den geringen Mann empfindlich treffe. Er hoffe, daß der Tabak, wie es bis jetzt nicht der Fall sei, bald zu einem ertragsfähigen Steuerobjekt gemacht werde. Vermöge seiner allgemeinen Verbreitung eigne sich der Tabak besser dazu, als andere Objekte. Große Opfer werde der deutsche Staat noch in Zukunft bringen müssen, es sei deshalb Pflicht, für eine gerechte Vertheilung der Lasten Sorge zu tragen in einer Weise, wie sie den Einzelnen am Wenigsten brüden.

Abg. Weber (gegen die Vorlage): Der Gesetzentwurf erhöhe den Schutzzoll, statt denselben zu erniedrigen. (Die Redner erschauern durch das Sprechen von der Tribüne ungemein das Verständnis.) Was den Hinweis auf die Zukunft anlangt, so werde der Bund nicht in Verlegenheit kommen, auch wenn die Vorlage abgelehnt werde. Später werde der Bund überhaupt weniger Geld gebrauchen, als bisher. Die Zeit werde kommen, in welcher die Militärausgaben eingeschränkt werden, wenn erst der Wunsch des ganzen Volkes in Erfüllung gehe und Nord und Süd zu einem Staatsganzen verbunden werden. Zu der vorliegenden Steuer sei kein Bedürfnis vorhanden. Die Produktionssteuer werde vorzugsweise den kleinen Mann treffen, welcher jetzt den Tabaksbau betreibt. Redner kommt zum Schlusse auf die Bedeutung des Zollparlamentes und greift auf die Adressdebatte zurück. Was auf nationalem Gebiete noch nicht erreicht sei, müsse auf materiellem erreicht werden. Das Gehe aber nicht mit dieser verhassten Steuer.

Abg. Fabricius (für die Vorlage): Redner motiviert die von ihm gestellten Anträge.

Abg. Reib (gegen die Vorlage): Dem Vertrage vom 8. Juli d. J. entspreche die Vorlage nicht, weder dem Wortlaut noch dem Geiste nach. Nur der gewonnene Tabak dürfe besteuert werden. Der §. 6 der Vorlage, in welchem von Mißwachs die Rede sei, zu eng gefaßt. Eine solche Steuer ohne Rücksicht auf die Qualität belaste vorzugsweise den mittellosen Mann. Die Steuer sei unter den gegenwärtigen Umständen unflug, weil sie vorzugsweise nur einen Theil Deutschlands treffe, der ohnehin schon seine Kräfte fast anstrengen müsse. Durch Annahme der Vorlage werde ein moralischer Nachtheil erreicht, welcher durch Millionen nicht aufzuwiegen sei. Und hier handle es sich um einige Hunderttausende. Der petitiäre Punkt müsse zurücktreten vor der Erwägung, daß es sich hier um das Wohl und Wehe zahlreicher Familien handle. Im Interesse der Einigkeit des Vaterlandes müsse der Entwurf abgelehnt werden.

Abg. Wedemeyer (für die Vorlage): Mit der Vorlage sei der Weg zu einem rationellen Steuersystem betreten, weshalb er dieselbe mit Genugthuung begrüße. Es handle sich um Befreiung eines Artikels, welcher weiter nichts sei als Luxus, eine schädliche Angewohnheit. (Seitertzeit.) Die Furcht im Süden vor dieser Steuer entspringe nur der Unkenntnis der nordischen Verhältnisse. Der Süden werde entschrieben durch das Gesetz bevorzugt, da dort die

bessere Qualität erzielt werde, das Gesetz aber bezüglich der Qualität keinen Unterschied ziehe. Politisch sei es verständig, die Gelegenheiten wahrzunehmen zur Besteuerung eines Luxusartikels und alsdann Erleichterungen zu verlangen bezüglich anderer Objekte, etwa des Salzes und des Eisens.

Abg. Twesten (Gegen die Vorlage): Wenn der Vorredner mit der Bewilligung der Steuererhöhung den Zwang verfolgt, in andern Punkten eine Erleichterung zu erzielen, so möchte ich ihm doch den Rath geben, sich diese Erleichterungen vorher gewähren zu lassen. Es ist dies viel sicherer, denn dann haben wir die Entscheidung in der Hand, während uns im andern Falle wahrscheinlich das Nachsehen bleibt. Wir können eine Steuererhöhung gegen eine Erleichterung nur Zug um Zug austauschen. Es wird uns hier die Forderung einer erheblichen Mehrbelastung vorgelegt, und man hätte danach den Nachweis des unabwendlichen Bedürfnisses erwarten müssen, ich habe aber in den Motiven des Gesetzes Nichts davon gefunden. Man hat zwar auf die Ausfälle hingewiesen, die durch die Tarifreform und durch den österreichischen Handelsvertrag veranlaßt worden seien. Aber die Tarifreform hat eine allgemeine Entlastung hervorgebracht, und der Vertrag schafft eine wesentliche Erleichterung nur für Wein, Wein, Wein und Kaffee. Dadurch kann augenblicklich ein größerer Ausfall entstehen, den die gesteigerte Einfuhr jedoch sehr bald decken wird, wie dies der Vertreter des Bundesraths selbst anerkennt. Für eine vorübergehende Mindereinnahme können wir aber unmöglich eine dauernde Erhöhung der Steuern bewilligen. Einer augenblicklichen Aenderung der Tabaksteuer muß ich deshalb unbedingt widersprechen, wenn ich auch die Art und Weise, in welcher eine Gleichmäßigkeit des Salzes und der Besteuerung des inländischen Tabaks angestrebt wird, als zweckmäßig anerkenne. Ich will hiermit keineswegs einer Tabaksteuer überhaupt entgegenstehen, gegen eine Kompensation durch eine entsprechende Erleichterung werde ich mich gern mit denselben befrieden, obwohl ich auch hier den Aufschlag in der Höhe der Vorlage für bedenklich erachte. Mein Amendement empfiehlt deshalb eine Besteuerung von 6 Thlr. pro Morgen, denn darin stimme ich mit dem Herrn Vorredner überein, daß ein Boden, der diesen Satz nicht ertragen kann, dem Tabaksbau besser entzogen bleibt. Daß durch eine solche Steuer Einzelne nicht ungeschädigt bleiben, gebe ich zu, nach den Verhältnissen Einzelner kann die Gesetzgebung sich jedoch nicht richten, sie muß das Wohl des Ganzen im Auge behalten. Die Mehrbelastung, die bei einer solchen Besteuerung dem Süden auferlegt würde, ist so gering, daß er dieselbe sehr wohl ertragen könnte. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung verlangt eine Reform; der Zollvereinsvertrag verlangt, daß die Staaten, welche bisher eine Tabaksteuerung nicht kennen, derselben unterworfen werden und die Vertragstreue der süddeutschen Abgeordneten wird ihnen nicht gestatten, sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Sedenfalls aber lassen Sie uns nicht auseinandergehen mit dem Beschluß einer Mehrbelastung, ohne eine derselben entsprechende Erleichterung geschaffen zu haben.

Bundeskommissar Dr. Michalis konstatirt, daß fast sämtliche Redner sich auf den Boden des vorliegenden Gesetzes gestellt haben durch die Anerkennung der Nothwendigkeit gleichmäßiger Besteuerung, der Beseitigung des Klassenrechts und Herabsetzung des Schutzzolls. Der Nachweis des Bedürfnisses in den Motiven des Gesetzes wäre jedenfalls geführt worden, wenn es sich um eine Vorlage an den Reichstag oder das Abgeordnetenhaus gehandelt hätte; dem Zollparlament aber, das kein Budget festzustellen habe, könne man unmöglich die Budgets aller Einzelstaaten vorlegen, um daran die Nothwendigkeit einer Mehreinnahme nachzuweisen. Er könne auch hier auf das Gebiet des Budgets des Norddeutschen Bundes und Preußens nicht näher eingehen, darauf aber müsse er hinweisen, daß die Eträge mit dem Wachsen der Bevölkerung nicht gleichen Schritt gehalten haben. Redner weist an einer großen Reihe von Zahlen nach, daß für den Norddeutschen Bund in nächster Zeit erhebliche Mindereinnahmen zu erwarten seien; dasselbe sei in Preußen der Fall, wo zwar der gegenwärtige Etat noch balanceire, jedoch im Jahre 1869 eine Mehreinnahme von über 5 Millionen erforderlich werde. Der Vorredner habe für die Mehrbelastung entsprechende Erleichterungen verlangt; dieselben seien bereits seit dem Jahre 1865 von der Regierung freiwillig gewährt worden, und es handelte sich nur darum, jetzt den dadurch entstandenen Ausfall zu decken. Wenn man allerdings den Ausfall zug um Zug verlange, dann werde man jene Erleichterungen nicht als Aequivalent anerkennen, auf eine solche Basis werde sich aber eine so hochstehende Versammlung nicht stellen wollen, er hoffe vielmehr, daß man die Fortentwicklung der historischen Aufgabe einer durchgreifenden Tarifreform nicht aus dem Auge verlieren werde. Redner weist sodann durch Beispiele nach, daß eine Vergleichung mit England für den vorliegenden Fall durchaus unzutreffend sei, da der Zollvereinstarif sich durchweg in niedrigen Sätzen bewege. Die Höhe der bisherigen Abgabe für Tabak weise endlich von selbst auf eine Reform hin, da derselbe von allen Artikeln der entbehrlichsten Genüsse am niedrigsten besteuert sei. In dem jetzigen Steuerlage liege für jeden Deutschen gewissermaßen die Aufforderung, sein Geld lieber in Tabak als in Reis, Zucker, Kaffee u. dgl. zu konsumiren. Selbst die durch eine erhöhte Besteuerung herbeigeführte Beschränkung des Rauchens könne nicht gegen die Erhöhung sprechen, denn es sei besser, daß das Geld für Gegenstände, die der gesammten Familie zu Gute kämen, verausgabt würde, als für einen Artikel, der nur von dem erwachsenen Theile der männlichen Bevölkerung konsumirt würde, und wohl eine Anregung aber nie die Befriedigung eines Genusses gewähre. (Bravo rechts.)

Abg. v. Schöler (bairischer Handelsminister, für die Vorlage): Seit mehr als 20 Jahren ist die Tabaksteuer ventilirt, aber nie zu einem Abschluß gebracht worden. Daß der Tabak ein gutes Steuerobjekt ist, darüber ist man im Allgemeinen einig, und ich würde es daher beklagen, wenn die gegenwärtige Vorlage ohne Resultat bliebe, wenn ich auch nur im Prinzip derselben genügt bin. In einem Gemeinwesen, welches das nothwendigste Lebensbedürfnis, das Salz, mit 2 Thlr. pr. Ctr. besteuert, ist genugsam auch die Besteuerung des Tabaks eine gerechtfertigte. Es kommt darauf an, in welcher Weise dieselbe eintreten soll. Die Motive thun auf die schlagendste Weise dar, daß es am Besten sei, auf dem Wege zu bleiben, der sich in Preußen seit vielen Jahren praktisch erwiesen. Für vollkommen halte ich natürlich diese Art der Besteuerung auch nicht, aber ich tröste mich damit, daß es überhaupt keine Art giebt, welche allen Anforderungen der Gerechtigkeit entspricht. Sedenfalls halte ich es für meine Pflicht mit der allergrößten Vorsicht zu Werke zu gehen. Es muß dem Produzenten die Möglichkeit gelassen sein, die Steuer auf die Konsumenten abzuwälzen. Ich halte jedoch diese Steigerung der Tabaksteuer gegen früher für einen zu plötzlichen Sprung. Es ist von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß bisher in Deutschland ein ganz unverhältnismäßiger Schutzzoll zu Gunsten des Tabaks bestanden habe. Ich glaube das nicht. Denn wie ist es denn gekommen, daß sich trotzdem der Tabaksbau nicht gehoben hat, sondern daß das Areal, das mit Tabak bebaut wird, im Gegentheil sich vermindert hat? Ich halte diesen Zoll für keinen Schutzzoll. Jede neue Steuer erregt eine gewisse Zeit Widerwillen, zumal wenn sie unmittelbar auf die Konsumtion einwirkt. Die Folge davon ist ein Rückgang der Produktion. Wenn jedoch die Steuer für den inländischen Tabak mäßig gestellt wird und zugleich ein richtiges Verhältniß zu dem Eingangszoll eingerichtet wird, dann wird diese Steuer keine so zweifelhafte Wirkung auf das Geschäftsleben haben wie man glaubt. Die Vorlage wird zwar immerhin nicht angenehm berühren, aber bald wird ein großer Theil der Befürchtungen schwinden und gerade hier wird sich der Weg zeigen, das Steuerobjekt des Tabaks allmählich einer höheren Besteuerung zuzuführen.

Abg. Bebel: Man hat uns früher immer gerechtere Ausgleichung und Verminderung der Steuerlasten versprochen. Die Ausgleichung ist jetzt erzielt, es sind alle gleich hoch besteuert, aber von einer Verminderung der Last ist keine Rede, selbst bei der preussischen Bevölkerung nicht. Jetzt, wo wir zum ersten Male hier den Süddeutschen begegnen, bringt man ihnen als Morgengabe eine neue Belastung. Ich bin nun schon prinzipiell gegen jede Mehrbelastung des Volkes, noch mehr aber gegen jede indirekte Steuer, die gerade die niedrigsten Klassen ganz unverhältnismäßig trifft. Indem man ferner den Tabak ohne Rücksicht auf die Qualität besteuern will, werden die ordinären Sorten, die vorzugsweise von dem ärmeren Volke konsumirt werden in derselben Höhe bedroht wie die besseren Tabake. Der Konsum des Tabaks wird in Folge dessen bedeutend eingeschränkt werden, man wird der Fälschung Thir und Thor öffnen und so wird auch in sanitätlicher Hinsicht diese Vorlage nur nachtheilig wirken. Nimmt aber der Konsum ab, so wird ein großer Theil der Bevölkerung in seinem Verdienste beschränkt, und das ist doch ein Schritt, den man sich gar überlegen soll. In Sachfen leben nicht weniger als 11,000 Familien von Tabakfabrikation, deren Brod man dadurch in Frage stellt. Redner empfiehlt statt der Erhöhung der Steuern lieber Verminderung der Ausgaben und erinnert schließlich daran, daß der Bundeskommissar Dr. Michalis, als er noch nicht Bundeskommissar gewesen, auf dem Kongreß zu Hamburg ganz anders über die Tabaksteuer gesprochen habe.

Abg. Dr. v. Schleidner (die Hige im Saale ist eine so unerträgliche und in Folge davon das Haus so unruhig, daß Redner total unverständlich bleibt).

Rufe nach Vertagung weist der Präsident mit dem Bemerken zurück, daß Anträge auf Vertagung schriftlich eingebracht werden müssen.

Abg. Krämer (Doos): Gerade der Modus der Besteuerung, wie die Vorlage ihn einführt, ist der allerungeeignteste; die kleinen Leute werden in Folge dessen diese Steuer als eine neue Grundsteuer ansehen. So wird die Tabaksteuer einem Verbote der kleinen Tabaksbauern gleichkommen. Die Ausfälle, die man durch diese Steuer erzielen will, werden gemäß in allernächster Zeit zu einem Minimum herabsinken, die Steuer dann also entbehrlich sein. Ich werde dagegen stimmen.

Der Präsident theilt mit, daß inzwischen 4 Schlußanträge und 2 Vertagungsanträge schriftlich eingebracht sind.

Der Schluß der Generaldebatte wird angenommen.

Es folgt eine persönliche Bemerkung des Bundeskommissar Dr. Michalis gegen die Insinuation der Abgg. Bebel und Schleidner, als habe er sich auf dem Kongreß in Hamburg anders ausgesprochen als jetzt. Damals handelte es sich um eine 10 Thlr.-Steuer und um eine Fabrikatssteuer; dagegen war ich, ich erklärte aber zu gleicher Zeit den Tabak für ein gutes Steuerobjekt. Dies ist auch mein heutiger Standpunkt.

Schluß der Sitzung: 3¼ Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Spezialdebatte über die Tabaksteuer.

### 13. Sitzung des Zollparlamentes.

Berlin, 16. Mai. Eröffnung 10¼ Uhr. Anwesend sind Delbrück, Scheele, Michalis, v. Linden, v. Liebe u. A., später Graf Bismarck, in der Folge der Kronprinz von Preußen.

Beim Eintritt in die Specialdiskussion des Tabaksteuergesetzes schlägt Präsident Simonson vor, die §§. 1 und 12 bei dem inneren untreibaren Zusammenhang zwischen Bodensteuer und Eingangszoll gleichzeitig zu diskutieren. Es melden sich für die Vorlage zum Worte 2, dagegen 15 Redner.

Bundeskommissar Scheele: Die gestrigen Redner gegen die Vorlage gingen meist von der Voraussetzung aus, daß durch die Erhöhung der Steuer der Ruin des Tabaksbau herbeigeführt und der Anfang eines neuen Monopols gemacht werden solle. Ein Redner sprach die Erwartung aus, daß der Bundesrath die Sache in nochmalige Erwägung ziehen und im nächsten Jahre einen andern Steuermodus vorschlagen werde. Für diese Erwartung fehlt jede Grundlage und jede Veranlassung. Die Frage, ob eine indirekte Steuer sicher zu erheben ist, ist lediglich Sache der Erfahrung, die lehrt, daß jeder andere denkbare Modus der Steuererhebung unzulässig ist. — Das Klassifikations-system in Preußen beschränkt sich darauf, daß der Tabak in jedem Kreise gleichmäßig besteuert wird. Da aber der Tabak in jedem Kreise verschiedenartige Nuancen hat, so verurtheilt sich dasselbe von selbst. In den Motiven zur Vorlage ist in Folge dessen ausgesprochen, daß die preussische Regierung nicht im Stande ist, den übrigen Staaten ihr System zu empfehlen, da dann für die dem Tabaksbau günstiger gelegenen Tabaksboden im Süden die höheren, im Norden die geringeren Klassen bei der Veranlagung zu Grunde gelegt werden müßten. Ein anderer Redner hat eine jährliche Abschätzung vorgeschlagen. Dem Ideal einer richtigen Besteuerung kommt dieser Vorschlag wohl näher, aber auch nur dem Ideal. Denn es ist gar nicht denkbar, so viele Hunderte und Tausende von Kommissionen zu ernennen, um eine jährliche Abschätzung vorzunehmen; und es ist dabei auch eine gleichmäßige Abschätzung nicht möglich. Ein dritter Besteuerungsmodus des inländischen Tabaks ist der nach dem Gewicht in der Hand des Pflanzers. Dieser hat 10 Jahre in Preußen bestanden, und ist nicht auf Antrag der Regierung, sondern der Interessenten selbst und auf den ausdrücklichen Wunsch der Provinziallandtage gefallen. Der Tabak wird bekanntlich nicht an einem Tage reif und nicht an einem Tage geerntet; die Ernte dauert vielmehr fast 4 Wochen; zum Trocknen u. braucht man dann fast 3 Monate. Wenn man das Steuerpersonal auch verdreifachen wollte, würde das nicht ausreichen, um hierbei eine sichere Kontrolle auszuüben. Es bliebe dann nur noch übrig eine Besteuerung beim Uebergang aus der Hand des Pflanzers in die des Käufers. Ein solcher Modus hat alle Mängel und erfordert außerdem einen großen Apparat zur Kontrolle beim Transport und bei der Aufschüttung. Derselbe war früher wohl möglich, damals hatten wir aber andere, jetzt längst glücklich beseitigte Zustände, damals war der Fabrikationsbetrieb auf dem Lande gänzlich verboten und auf die Städte allein beschränkt, man hatte die Distributionsbestimmungen, die strengste Kontrolle beim Transport; die Besteuerung erfolgte beim Uebergang in die Städte. Solche Zustände gehören aber einer längst vergangenen Zeit an.

Ein bekannter Wirtschaftslehrer hat nun kürzlich noch ein anderes System vorgeschlagen: Der Staat soll den Tabak ankaufen und mit dem Steuerzuschlag wieder verkaufen. Dieser Schriftsteller hat aber so wenig selbst an die Durchführbarkeit dieses Systems geglaubt, daß er es nur als einen Vorschlag des ersten Schrittes zu einem Monopol vorgebracht zu haben behauptet.

Wie einige Redner von gestern in der Regierungsvorlage den Anfang zu einem Monopol finden wollen, ist mir unerfindlich. Kein System der Besteuerung ist gerade so weit vom Monopol entfernt wie dies. Der Tabaksbau und der Verkehr mit Tabak ist vollständig frei. Bei jedem anderen System ist ein großer Apparat zur Kontrolle erforderlich. Dies System ist gerade ein Bollwerk gegen jedes Gelfüste zum Monopol. — Derselbe Redner hat einen Ruin des Tabaksbau durch die Annahme der Vorlage prophezeit. Derselbe Prophezeitung hat man vor etwa 10 Jahren gemacht, als man die Tabaksteuer erhöht hat. Seitdem ist sie um das 12-, 15fache erhöht worden; die Prophezeitung ist aber nicht eingetroffen. Die Fabrikanten haben vielmehr erklärt, daß sie eines Schutzes nicht bedürfen, wenn nur die Eingangsteuer in das richtige Verhältniß zur Produktionssteuer gebracht wird. (Redner wies nun durch Zahlen nach, daß die Vorschläge in der neuen Steuerporlage dieses Verhältniß richtig hergestellt hätten.) Eine Verminderung der Produktion wird voraussichtlich nicht eintreten. Sollte dies aber wirklich geschehen, so wird diese Verminderung des Tabaksbau doch nur in dem zum Tabaksbau weniger geeigneten Bezirken erfolgen. Es würde dann höchstens im Norden weniger gebaut werden; dies würde aber dem Tabaksbau im Süden jedenfalls zum Vortheil gereichen; wie also von dort gerade ein Widerspruch dagegen zu begründen ist, ist mir sehr schwer verständlich. Man könnte wohl eher den Vorwurf machen, daß der Tabaksbau im Norden nur darunter leiden werde. Aber auch dieser Vorwurf ist ungerechtfertigt. Die größten landwirtschaftlichen Autoritäten, unter anderen auch das Landesökonomie-Kollegium, haben ausgesprochen: „daß der Tabaksbau im Norden nur scheinbar eine befriedigende Rente abwerfe, und daß es deshalb kein wirtschaftlicher Verlust sei, wenn er in den Bezirken, in die er nicht hingehöre, wegfalle.“ Die Tabaksbauer werden dann in der Lage sein, andere Früchte zu bauen, der Tabaksbau wird also keineswegs leiden; ich bitte Sie deshalb um Annahme der Vorlage.

Abg. v. Vinde (Olbendorf [für die Vorlage]) ist bei der großen Unruhe des Hauses schwer verständlich; er scheint den Versuch zu machen, durch eine Berechnung nachzuweisen, daß die Eigarren durch Annahme der Regierungsvorlage nicht vertheuert und die Konsumtion deshalb nicht abnehmen werde.

Abg. Dissen (Baden) [gegen die Vorlage]: Gerade die süddeutschen Tabaksbauer werden durch das Gesetz sehr benachtheiligt, da bisher ca. 40 Prozent des gebauten Tabaks, den sie selbst konsumiren, steuerfrei waren. Die Steuer ist ferner insofern ungerecht, als sie keinen Unterschied macht zwischen gutem und schlechtem, leichtem und schwerem Tabak. Die Konsumtion des Tabaks wird entschieden durch die neue Steuer vermindert, die Produktion beeinträchtigt, der Handel geschädigt. Wir sind einer unerheblichen Mehreinnahme wegen nicht berechtigt, eine seit länger als 100 Jahren betriebene segensreiche Industrie, die man ganz mit Recht eine Industrie der Armen nennen kann, durch solche gewagte Experimente zu gefährden.

Abg. Krieger (Hofen) [für die Vorlage] empfiehlt seine Amendements. Bundeskommissar Scheele spricht sich gegen das Amendement aus, monach statt 3 Quadratruthen künftig 6 Quadratruthen steuerfrei sein sollen, weniger wegen des dadurch entstehenden Steueranfalles, als weil die Kontrolle dadurch in einer Weise erschwert werde, die in gar keinem Verhältniß stehe zu der Wohlthat, die den Einzelnen dadurch erwiesen werde.

Abg. Schrapz (gegen die Vorlage) ist in Folge seiner schnellen Sprechweise, zumal bei seiner schwachen Stimme und der großen Unruhe des Hauses absolut unverständlich.

Abg. Grumbrecht (für die Vorlage) bezeichnet als das verwerflichste aller Amendements das von Stumm eingebrachte, das die Bodensteuer auf die Hälfte (3 Sgr. für 3 Quad.-Ruthen) herabsetzt, dagegen den Eingangszoll von 4 auf 5 Thlr. erhöht. Dadurch werde der schlechte inländische Tabak unverhältnismäßig geschützt und folglich vertheuert zum Nachtheil der Konsumenten und der Zollvereinstasse.

Abg. Dr. Bissing: Unsere badiſche Pfalz ist der schönste Fleck Deutschlands und wird mit Recht als Deutschlands Garten bezeichnet. Ein kleiner, unabhängiger, wohlhabender, intelligenter Bauernstand sitzt da und er verbannt seinen Wohlstand und seine Intelligenz hauptsächlich dem Tabaksbau. Auf diese Zustände paßt der Maßstab der norddeutschen Verhältnisse durchaus nicht. Im Jahre 1865 wurden in Baden allein 33,696 Morgen mit Tabak bebaut, im ganzen Gebiete des Norddeutschen Bundes zur selben Zeit nur 31,908 Morgen.

(Fortsetzung in der Beilage.)







blide noch mit dem Kopfe nach unten zwischen den Trümmern. Drei Bremser wurden schwer verwundet, von welchen einer bereits verstorben sein soll. Der Lokomotivführer und der Heizer sind unverletzt geblieben, ebenso der Zugführer und der Radmeister, welche in dem Packwagen, dicht hinter dem Tender sich aufhielten. Ein anschauliches Bild der Unglücksstätte zu geben, ist schwierig. Rechts, 18 Fuß entfernt neben dem Geleise liegt die 3 bis 4 Fuß tiefe in den Sand eingebrochene Maschine. Nebenher, quer über dem Geleise liegt der auf die Seite gestürzte Packwagen, welcher 4 Personen barg. Dann folgt ein Trümmerrahmen von 90 Fuß Länge, welcher aus ineinander geschobenen und über einander getürmten Wagen der verschiedensten Gattungen besteht. Darunter werden bemerkt 6 mit Getreide beladene Wagen, 2 Kalkwagen; ein mit Spiritus beladener Wagen hat seine Ladung in die Trümmer hineingefleudert, ohne daß die gefährliche Flüssigkeit zum Brennen gekommen ist. Die Zahl der übrigen Wagen, welche den 30 Fuß breiten und stellenweise 24 Fuß hohen Haufen bilden, läßt sich nicht bestimmen. Der Inhalt der Wagen liegt zerstreut umher. Hinter diesem großen Haufen stehen ineinander geschoben mit zerbrochenen Rädern 5 Getreidewagen. Dann folgt ein zweiter 60 Fuß langer Trümmerrahmen von auf einander getürmten Wagen, welcher die furchtbare Gewalt des auf einen Gefälle von 1:1200 dahin rollenden schweren Güterzuges ermessen läßt. Zwei eiserne mit Getreide beladene Wagen sind auf gedrückte, allerdings zusammengebrochene Wagen geschoben worden. Aus den Trümmern lassen sich 12 ineinander geschobene Wagen nachweisen. Vier entgleiste, rechts und links neben dem Bahngleise stehende Wagen bilden den Schluß des verunglückten Wagenzuges, worunter Wagen der Obereschleichen, der Niederschleichen, Wärschens, der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, der Ostbahn zu erkennen sind. Nicht entgleist und unversehrt stehen 24 beladene Getreidewagen und 4 Plateauwagen der Berlin-Stettiner Bahn am Ende des Zuges. Für die baldige Wiederherstellung des Verkehrs, vorab eines bis morgen fahrbar werdenden Notgeleises, bürden die energischen Anordnungen des von Stargard herbeigeeilten Eisenbahnbau-Insppektors. Heute müssen die Passagiere bei den Unglücksstätten die Wagen verlassen und jenseits den wartenden Zug besteigen. Der die Obereschleichen Eisenbahn treffende Schaden ist ein sehr beträchtlicher, und wird gewiß 40,000 Thaler erreichen. Die gestörten Telegraphenleitungen wurden bald wieder hergestellt. Dem Berichtsfahrer ist in Deutschland kein Eisenbahnunfall von solchen Dimensionen bekannt geworden. Wenn man bedenkt, daß der längst zerbrochene Haderstein sich ebenso gut an dem Triebwege einer Personenzugmaschine befinden konnte, so muß man im Interesse des reisenden Publikums wünschen, daß die Kontrolle der Maschinenmeister in ganz anderer Weise gehandhabt werden möchte, sonst geht das bisherige Vertrauen auf den sichern Betrieb der deutschen Eisenbahnen verloren. Auch dürfte bei der 700' langen Strecke, welche die beschädigte Maschine noch zurückgelegt hat, die Untersuchung am Plage sein, ob die nötige Anzahl Bremsen und das zur Bedienung derselben erforderliche Personal vorhanden gewesen ist. Die Vermuthung liegt nahe, daß die sehr begründeten Bestimmungen über die Zahl der Bremsen bei den massenhaften Getreidetransporten und den endlosen Zügen, welche sich über die Stargard-Posenener Bahn bewegen, außer Acht gelassen worden sind.

\* Am 14. d. Mts. Vormittags 9 Uhr wird die Ausstellung für Landwirtschaft und Gewerbe in Bromberg eröffnet; dieser Tag hat daher für die Provinz Posen eine hervorragende Bedeutung, da eine Ausstellung von solchem Umfange noch niemals in unserer Provinz stattgefunden hat. Trotz dem der Nothstand in der Nachbarprovinz Preußen das Unternehmen wesentlich beeinträchtigen mußte, sind die Anmeldungen in allen Abtheilungen so bedeutend, daß die Erwartungen aller Besucher sicher übertroffen werden. Unter den ausgestellten Thieren sind die Schafe stark vertreten, wie sich das nach unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht anders erwarten ließ. Durch die ausgestellten 900 Exemplare werden alle Züchtungsrichtungen vertreten sein. Die ausgestellten 250 Stück Rindvieh, 720 Pferde und 100 Schweine werden zeigen, daß die hiesige Landwirtschaft in diesem Zweige der Thierzucht nicht zurückgeblieben ist.

Daß auch die Fabrikanten keine schlechte Meinung von unserer Provinz haben, beweisen die zahlreichen Maschinen, welche ausgestellt sind; der mehrere Morgen große Garten des alten Schützenhauses vermag kaum die angemeldeten Lokomobilen und die damit in Betrieb zu setzenden Maschinen zu fassen, während die Nebengärten und der gleichfalls mehrere Morgen große Platz an der Seite durch die übrigen Maschinen vollständig angefüllt werden. Zur Ausstellung der gewerblichen Gegenstände diente der 6000 Quadratfuß große Königsaal des neuen Schützenhauses und ein in Verbindung mit demselben eigens aufgeführter Anbau von ca. 7000 Quadratfuß Grundfläche, welcher im Mittelbau 45 Höhe erreicht.

Trotz diesen für eine Provinzialstadt recht ansehnlichen Räumen mußte im letzten Augenblick noch ein zweites Gebäude für gewerbliche Gegenstände mit einer Grundfläche von 3-400 Quadratfuß erbaut werden, da nicht alle angemeldeten Gegenstände unterzubringen waren. Für die gärtnerische Ausstellung ist gleichfalls ein besonderes Gebäude errichtet, auch dieser Theil der Ausstellung wird den übrigen würdig zur Seite stehen. Das ganze Arrangement des Unternehmens ist originell und doch zweckmäßig, die gewerbliche und die gärtnerische Ausstellung bilden den Mittelpunkt im neuen Schützenhause und dem Garten desselben, rechts und links führen aus dem letzteren, durch freundliche Gartenanlagen hübsch decorirte Wege zu den Maschinenausstellungsräumen, während der Weg zur Thierzucht, die mit blühenden und üppig grünen Blumen und Sträuchern besetzten Terrassen des Gartens hinaufführt. Die geschlossenen und verdeckten Ställe der Ausstellungsthiere umgrenzen auf drei Seiten einen freien Platz von acht Morgen, dessen vierte Seite die Tribüne bildet. Dieser Platz liegt etwa 100 Fuß höher, wie alle übrigen Ausstellungslöcher, so daß man von diesem und namentlich von der Tribüne aus nicht allein die ganze Ausstellung mit ihrem Schmuck an Fahnen, Guirlanden aus der Vogelperspektive überblickt, sondern noch eine reizende Aussicht über die Stadt und das ganze Brähetal bis zur Weichsel und den jenseit derselben gelegenen Höhen von Dirschow genießt.

□ Gnesen, 17. Mai. [Gutsverkauf.] In dem am 15. d. M. hier stattgefundenen Subhastationstermin erstand der Rentier Babb von hier das Rittergut Wasowo in hiesigem Kreise für den Kaufpreis von 193,600 Thalern. Das Gut hat, einschließlich Wiesen und Wäldungen, ein Areal von 5600 Morgen und wurde vor ca. 6 Jahren von dem Rentier Frank aus Berlin für den Preis von 149,000 Thalern gekauft.

?? Breschen, 17. Mai. [Stadtverordneten-Sitzung; Feuer; Verschickenes.] Die Städte des Kreises haben bisher ein Zwölftel von den aufzubringenden Kreis-Kommunal-Beiträgen gezahlt. Auf dem letzten Kreistage ist beschlossen worden, einen andern Vertheilungsmodus festzustellen, der die Beiträge der Städte bedeutend erhöht. Hiergegen wurde von Seiten der städtischen Vertreter Protest eingelegt. Die Stadtverordneten haben nunmehr in einer Denkschrift versucht, den Nachweis zu führen, daß die Städte in Bezug auf Abgaben überbürdet seien, und daß eine Erhöhung der Kommunal-Beiträge nicht ausführbar sei. — Der Fonds für Armenzwecke wird in diesem Jahre so stark in Anspruch genommen, daß eine Erhöhung der dafür im Etat ausgeworfenen Summe schon jetzt ausgesprochen werden mußte. Hierbei wurde festgestellt, daß die Stadt Breschen für Armenzwecke überhaupt 2000 Thaler jährlich verausgabt.

In der nächsten Sitzung findet die Wahl zweier Magistrats-Mitglieder statt. — Vorgestern brach in der Mittagsstunde in dem benachbarten Dorfe Obleskow Feuer aus und brannten in kurzer Zeit zwei Scheunen nieder. — Auf der Fahrt von hier nach Posen verunglückte ein Arbeitermann aus Posen dadurch, daß derselbe vom Wagen stürzte, die Räder gingen ihm zwei Mal über den Leib und außer einigen bedeutenden Verletzungen am Kopfe trug er einen Beinbruch davon.

× Gnesen, 17. Mai. [Jüd. Korporation.] Nachdem der Herr Stadtälteste W. Ruffat, welcher seit vielen Jahren an der Spitze der hiesigen Synagogen-Gemeinde gestanden, wegen vorgerückten Alters um seine Entlassung vom Amte gebeten, hat die k. Regierung diese gewährt und ist bei der demnächst angeordneten Ersatzwahl der Kaufmann und Stadtverordnete Emil Wollenberg zum Gemeindevorsteher gewählt worden. Am 15. d. M. hat nun in öffentlicher Sitzung die Entlassung des Herrn Ruffat und die Einführung seines Nachfolgers stattgefunden, bei welcher Gelegenheit dem Ersten im ausdrücklichen Auftrag der k. Regierung eine Belobigung für seine treue Amtsführung von dem anwesenden Regierungs-Kommissar ausgesprochen wurde. Der neuwählte Vorsteher knüpfte hieran auch eine Dankagung Namens der Gemeinde, wobei er einen kurzen Ueberblick der langjährigen Amtstätigkeit des Herrn Ruffat entwarf und als wesentlichen Erfolg derselben die ständige Hebung der Gemeinde bezeichnete, wodurch er sich in ihr ein bleibendes Andenken geschaffen hat. — Da bin sicherlich der Letzte, dem es befallen könnte, die Verdienste unserer Stadtältesten Ruffat irgendwie in ein geringeres Licht zu setzen, doch darin befinde ich mich in Uebereinstimmung mit der Majorität der Gemeinde, daß es die höchste Zeit war, die Verwaltung in eine jüngere und kräftigere Hand zu legen. In dieser Beziehung ist aber auch die Wahl des neuen Gemeindevorstehers eine glückliche zu nennen, da der Gewählte bei ruhiger Energie, zugleich Bildung und Sachkenntnis besitzt, um die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde zu regeln und vor jedem Rückschritt zu bewahren.

## Theater.

Am Sonnabend sind im Stadttheater die Vorstellungen der polnischen Gesellschaft aus Krafau wieder eröffnet worden.

Die am ersten Abend gegebenen drei einaktigen, durchweg dem komischen Genre angehörigen Stücke boten Gelegenheit, die meisten diesjährigen Mitglieder der Gesellschaft kennen zu lernen und diese igeu Darsteller, welche sich im vorigen Jahre besonders beliebt gemacht hatten, ziemlich vollständig wieder beisammen zu finden.

Herr Benda und Frau Modrzejewska eröffneten den Reigen in dem aus dem Französischen übersehten Stück „Z maléj chmury wielki deszcz“ mit einer ehelichen Erzählungs- und Versöhnungs-Szene im modernen Salonstüme, welche wohl geeignet war, das hervorragende Talent beider Darsteller für Werke dieser Art ins Licht zu stellen.

Das Lustspiel „Posazna jedynaczka“ vom jüngeren Gr. Fredro führte eine größere Anzahl von Personen ins Feld, namentlich auch den Typus des polnischen Gutsbesizers in drei verschiedenen Abstufungen nationaler Eigenthümlichkeit, als deren Vertreter die Herren Rapacki, Hennig und Benda um den Preis wetteiferten. Mühte durchaus eine Entscheidung getroffen werden, so wären wir versucht, obwohl eigentlich das mimische Talent des Herrn Rapacki hors de concours zu stellen ist, nach der scenischen Wirkung und diesmal zu Gunsten des Herrn Benda zu entscheiden, der den Stiere züchtenden Podolier Natatyski in seiner leicht aufbrausenden, jedoch im Grunde gutmüthigen Verbtheit, namentlich auch in der vierstüdtigen Plumpheit aller Bewegungen so natürlich spielte, daß Niemand im Entferntesten an seine Identität mit dem Gentleman im ersten Stück erinnert werden konnte. Herr Hennig gab den Litthauer Gomojio in der drolligen Weise, welche seiner Physiognomie und eigenthümlich untersehten Gestalt am besten entspricht. Auch der alte Bediente des Herrn Woloski war eine vorzügliche Leistung.

Unter den in diesem Stück zahlreich auftretenden Damen ragte Frau Hoffmann hervor durch die feine und doch durchaus ungezwungene Anmuth und Lebendigkeit des Spiels, welche bei ihr es getraut zu werden mag, an eine Verwechslung der Darstellerin und der darstellenden Person zu glauben. Bei Fräulein Kwiecinska, die auch in dem letzten Stück wieder auftrat, erscheint jene Hingebung an die jedesmalige Rolle etwas gehemmt durch einen leichteren Anflug von Koketterie, der namentlich bei naiven Rollen der Wirkung Abbruch thut. Fräulein Baumann, die sich im vorigen Spemmer noch ganz als schüchterne Anfängerin zeigte, ist seitdem an Sicherheit und Freiheit in Sprache und Spiel ihren Kolleginnen, obwohl man den Abstand noch gewahrt wird, um ein bedeutendes Stück näher gerückt.

„Antos i Antosia“, ein „volkstümliches Bild“ aus der Gegend von Warchau, hat zur Pointe den in der polnischen Komödie vorzugsweise beliebten Gegenstand großstädtischer Raffinerie und ländlicher Sitteneinfalt, wobei in den burlesken und etwas „demimondierigen“ Warchauer Figuren des Schuhmachers Zilonka und der Rätherin und Wäferin Felicia das Eker'sche Ehepaar sich glänzend bewährte, während das Gepräge des unverdorbenen Volkslebens neben Fräul. Kwiecinska hauptsächlich durch die Herren Siedlecki und Janowski in bekannter, kräftiger Weise zum Ausdruck gelangte.

So verspricht dieses nationale Theater für sein specielles Publikum, welches der ersten Vorstellung, trotz der abspannenden Hitze des Lokals, mit lebhaftem Beifall bis zu Ende folgte, eine dauernde Quelle des Vergnügens zu werden. Von einer eigentlichen Konkurrenz mit der in ihrer Art vielleicht ebenso tüchtigen deutschen Sommerbühne kann aus naheliegenden Gründen nicht die Rede sein. Doch möchten wir die Beachtung und den zeitweisen Besuch der polnischen Bühne auch dem deutschen Publikum, selbst dem mit der polnischen Sprache weniger vertrauten, immerhin empfehlen. Einmal gewährt uns gerade die Bühne einen Einblick in den Charakter und die Sitten des anderen Volksstammes, wie ihn die gesellschaftlichen — oder vielmehr ungeselligen — Verhältnisse des wirklichen Lebens, wenigstens in unserer Stadt, trotz der nachbarlichen Nähe leider nur selten gestatten. Andererseits werden nähere Freunde der Bühnenkunst — vielleicht auch ihre Jünger — zu interessanten Beobachtungen Gelegenheit finden durch die Vergleichung der glücklichen Erfolge, welche die durchschnittlich bei Weitem reichere Begabung des polnischen Volkes mit angeborener Beredsamkeit und Mimik nicht wenig erleichtert, und den überwiegend auf Kunstleiß beruhenden Leistungen der deutschen Bühnenkünstler.

## Landwirthschaftliche Ausstellung der Kreise Posen-Samter in Samter am 13. und 14. Mai.

(Schluß.)

In der Abtheilung Feldfrüchte erhielt die silberne Medaille Herr Jackowski-Pomaranowice für Roggenpflanzen, Herr Kunkel aus Posen für Sämereien, Gebrüder Zweiger für Blumen, Gartenpflanzen und Anlage eines Biergartens gegenüber der Tribüne, Förster Broblewski Walbsämereien und Pflanzen. Die bronzene Medaille: Graf Kwilecki-Dobrowo für Wehl aus seiner Dampfmahle. Herr Jackowski-Pom. für Kirsch-Schnapps aus seiner Gussfabrik, Gräfin Potolicka für selbstgezogetes Gemüse. Dr. v. Niegolewski für gepreßten Hopfen, Förster Plewkiewicz für Walbpflanzen, Dom. Durwia

für Luzerneheu. Ehrende Erwähnung: Herr Pfarrer Keschubski für Gartengewächse. Landw. Maschinen und Geräthe: die silberne Medaille Herr v. Manowski-Rudki für einen verbesserten Pflug eigener Konstruktion, Herr Humbert aus Breslau für eine Lokomobile, Herr Segielski-Posen für eine Drechsmaschine zu 4 Pferden, Gebr. Friedländer aus Breslau für eine Drillmaschine, Schmied Lehmann aus Wogrowille für vorzügliche Wagenschmiedearbeit. Die bronzene Medaille: für einen Rübenzerkleinerer Herr Segielski, für einen Mührhafen Schmied Werner aus Eulin, für einen Regenwalder Pflug Herr Segielski, für einen Kartoffelsortierer Herr v. Niegolewski-Mor., für einen Pflug eigener Konstruktion Herr v. Dekert aus Eniaty. Erzeugnisse landw. Industrie: die silberne Medaille für Drainpläne, Drainanlagen u. Herr Urbanowski aus Posen, für Cement- und Gipsfabrikate, Dachpappen Hr. Krzyzanowski in Posen, für Seifen Hr. Kowalski-Marcelino. Die bronzene Medaille Graf Kwilecki-Dobrowo für Prektor, Herr von Turno-Diezjerze für Prektor, Herr v. Kurnatowski-Posarow für Drainröhren, Herr v. Niegolewski-Mor. für Drainröhren und Ziegelfabrikate, Herr Schulz aus Samter für Kupfer Schmiedearbeiten, Herr Bogdanski aus Posen für sorgfältig gearbeitete Schlosserwaaren, Herr Milch aus Serzyc für Knocheneinzel. Ehrende Erwähnung: Herr Leitgeber aus Posen für eine Auswahl landw. Schriften, Herr Sikorski aus Posen für Sattlerarbeiten, Herr Antkowiak, Wirth aus Rafinowo, für eigengefertigtes Hauskleinen. Ehrende Erwähnung und 5 Thaler Belohnung Herr Wegner für seine unter Leitung des Hrn. Urbanowski ausgeführten Drainproben.

Beim Preisplügen erhielten: 5 Thaler ein Pflüger aus Rudki, 3 Thlr. ein Pflüger aus Piersko, 3 Thlr. ein Pflüger aus Posadowo, 2 Thlr. ein Pflüger aus Neudorf.

## Bermischtes.

\* Aus Göttingen geht der „Kreuztg.“ von Herrn Dr. Petermann folgendes Telegramm zu: Die Beiträge zur Nordpol-Expedition gehen stark ein, unter andern fünfhundert Thaler von einem unbekannten M. K. in Köln. Die schwedische Expedition erhält den Postdampfer „Sofia“ und alle Regierungsmittel zur Disposition, um uns Deutschen am Nordpol zuvorkommen.

\* Als Zweck und Ziel der deutschen Nordpol-Expedition wird in der den Führern derselben mitgegebenen Instruktion die Erforschung und Entdeckung der arktischen Central-Region vom 75. Grad nördlicher Breite an bezeichnet, und zwar auf der Basis der Küste von Ostgrönland. Das Unternehmen trägt den Namen: „Die deutsche Nordpolarexpedition von 1888“, das Fahrzeug trägt den Namen „Germania“, fährt unter der Flagge des Norddeutschen Bundes und ist 80 Tons groß, eigens für die Fahrt im Eise eingerichtet. Der Oberbefehlshaber ist Oberleutnant Karl Rodewig, 35 Jahre alt, Stellvertreter und zweiter Oberbefehlshaber ist der Seemann R. Hildebrandt. Die Namen einiger anderen Theilnehmer sind: Steuermann Engelhardt, Johann Werdel, Kamp Werner, Paul Eilg, Daniel Heinrich Böttner, sämtlich Matrosen. Es werden im Ganzen 12 bis 14 Mann sein. Hildebrandt ist am Sonnabend nach Bergen abgegangen, die übrigen sind schon voraus nach Bergen. Die erste Aufgabe der Expedition ist, von Bergen aus die Ostküste von Grönland unter 74½ Grad n. Br. so schnell als möglich zu erreichen und zunächst die in dieser Breite gelegene Sabine-Insel anzulegen.

\* [Naturmerkwürdigkeit.] Der Seilmacher Verz zu Gr. Wöhringen, einem Dorfe bei Stendal, hat eine Hündin, welche vor einiger Zeit Junges geworfen. Die Hündin ist sehr schön und gewahrt, daß die Hündin kurze Zeit nachher vielfach auf die Treppe im Hause kroch und daselbst längere Zeit verweilte. Hierdurch aufmerksam gemacht, untersucht er die Stelle und findet bei der Hündin einen jungen Hasen, welchen dieselbe offenbar auf dem Felde gefangen, nach Hause gebracht und als ihr Junges angenommen hatte. Sie säugt den Hasen und behandelt ihn überhaupt so, als wenn sie eines ihrer Jungen hätte.

\* In München macht eine Standalgeschichte großes Aufsehen. Die Gräfin Arco-Valley, eine geborne Gräfin Schönborn aus Wien, eine durch Schönheit und die elegantesten Formen ausgezeichnete Dame, hat sich von einem Hausfreunde, dem Baron v. Rinsberg, entföhren lassen. Die entföhrene Gräfin ist Mutter dreier Kinder, die sie ihrem Gatten als Trost zurückgelassen hat.

\* In diesen Tagen ist eine interessante Wette zur Entscheidung gekommen. Es hatte der Rittmeister Ludwig vom hannoverschen Train-Bataillon Nr. 10 gemettet: binnen 8 Tagen von Hannover über bis auf sein zwischen Posen und Breslau gelegenes Gut — eine Entfernung von 84 deutschen Meilen — auf einem und demselben Pferde zu reiten, und dabei Wartung, Pflege u. d. d. Pferd selbst zu übernehmen. Rittmeister L. ritt am 5. d. von Hannover aus, am 11. also am siebenten Tage, war die Wette entschieden, da er bereits an diesem Tage, Abends 7 Uhr, am Ziele eintraf. Reiter und Pferd waren noch möglichst frisch. Die Leistung ist für beide eine höchst anerkennenswerthe und zieht man in Erwägung, daß diese weite Entfernung in Willigkeit durchritten worden ist, und nicht, wie gewöhnlich bei derartigen Wetten, die Meilenzahl auf einer bestimmten Strecke abgeritten, so gehört dieselbe entschieden zu den bedeutendsten.

\* Prag, 7. Mai. [Wieder eine Liebestragödie.] Gestern kurz nach Mitternacht bemerkte eine Kommunalwachkontrolle einen Offizier mit einem elegant geleiteten Mädchen im eifrigen Gespräch begriffen stehen. Raun hatte sich jedoch die Kontrolle etwa hundert Schritte weit entfernt, als der Offizier dem Mädchen mit einem Rasenmesser den Hals durchschnitt und zwar so, daß der Kopf nur noch an den Halsbändern am Kumpfe hing und die Unglückliche sofort, ohne einen Laut von sich zu geben, starb. Der Offizier ließ die Leiche zu Boden gleiten, setzte sich auf den Streifen vor dem erwähnten Hause und versuchte nun, sich selbst die Kehle zu durchschneiden. Dies gelang ihm indes nur theilweise, so daß er an der Ausführung seines Selbstmordversuchs verhindert wurde. Die Kommunalwache requirirte sofort Hülfe aus dem Hause und benachrichtigte die Behörde und die Bezirksärzte. Der Offizier, welcher bei vollem Bewußtsein war, jedoch in Folge der Wunde, welche er sich beigebracht, nur schwer zu sprechen vermochte, bekannte sich gegen die erschienene polizeiliche Kommission als den Mörder des Mädchens und gab als Ursache der That die Untreue der Ermordeten an, welche seine Geliebte war. Der Offizier, Namens Johann Terzitz de Janiewicz, Lieutenant im Infanterieregiment Erzherzog Karl Salvator Nr. 77, wurde in das Garnisonhospital, die Leiche der Ermordeten aber (sie war eine 25 Jahre alte Näherin Namens Barbara Ulrich aus Troppau) in das pathologisch-anatomische Institut übertragen. Aus den Briefen des Offiziers, welche in dem Nachlasse der Ermordeten gefunden wurden, soll hervorgehen, daß er ihr wegen ihrer Untreue Vornurfe gemacht und wiederholt mit dem Tode gedroht hatte. Vorgestern nun hatte er sie zu einer Zusammenkunft eingeladen, zu welcher sie sich auch einfand. Sie besuchten mit einander mehrere Gäß- und Kaffeehäuser, wo sie Wein und Punsch tranken, und entfernten sich kurz vor 12 Uhr Nachts aus einem Kaffeehause, ohne daß an ihrem Benehmen etwas Auffälliges bemerkt worden wäre. Obwohl die Halswunde des Offiziers lebensgefährlich ist, so hat man doch Aussicht, ihn am Leben zu erhalten. Bei dem Verhöre, das gestern Vormittag im Spital mit ihm vorgenommen wurde, stellte er — im Widerspruch mit seiner ersten, am Thatorne abgegebenen Aussage — in Abrede, daß er das Mädchen ermordet habe; vielmehr behauptete er, daß nach gegenseitigem Uebereinkommen das Mädchen sich selbst entleibt habe.

\* Paris. [Intoleranz.] Ein englisches Schiff „The Queen of the South“ scheiterte vor einigen Wochen an der französischen Küste, und die gesamte Besatzung, einschließlich des Kapitäns, fand ihren Tod in der Tiefe des Meeres. Nur ein einziger Leichnam — der des Schiffsofizers — wurde von den Fluthen an das Land gespült und zwar in der Nähe eines Dorfes an der Küste von Bretagne. Die Civilbehörde des Dorfes traf Anstalten, um der fremden Leiche ein anständiges Begräbniß auf dem Kirchhofe La Plaine angedeihen zu lassen. Der Pfarrer von La Plaine verweigerte aber dem Körper einen Ruheplatz neben den katholischen Todten. Als man ihm bemerklich machte,



daß der Verstorbene möglicher Weise ein ebenso guter Katholik gewesen sein möge, als alle Uebrigcn, die in geweihter Erde liegen, erwiderte der Priester: „Das mag sein, aber er starb in protestantischer Gesellschaft und dieserhalb kann ich nicht zugeben, daß er auf dem von der katholischen Kirche geweihten Grund und Boden begraben wird.“ Mehrere Einwohner des Dorfes, welche nicht die Ansicht des strenggläubigen Pfarrers theilten, bereiteten der Leiche im Verein mit dem Maire des Dorfes ein anständiges Begräbniß in nicht geweihter Erde.

## Wochenkalender für Konkurse und Substationen.

### A. Konkurse.

**I. Eröffnet.** 1. Bei dem Kreisgericht zu Schneidemühl am 8. Mai cr. Mittags 12 Uhr der kaufmännische Konkurs über das Vermögen des Buchdruckers Julius Breite daselbst; Tag der Zahlungseinstellung der 30. April c. Eintr. Verwalter Justizrath Presso daselbst. Kommissar des Konkurses Kreisrichter Bollmar.

2. Bei dem Kreisgericht zu Ostrowo am 9. Mai c. Mittags 1½ Uhr der kaufmännische Konkurs im abgeurtheilten Verfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wladislaus Skolaski daselbst Tag der Zahlungseinstellung der 29. April c. Eintr. Verwalter Kaufmann B. E. Koczwaro daselbst. Kommissar des Konkurses Kreisrichter Prall.

**II. Beendet:** Bei dem Kreisgericht zu Posen am 4. März c. der über das Vermögen des Kaufmanns David Kromm hieselbst eröffnete Konkurs durch Vertheilung der Masse und ist der Gemeinschuldner für entschuldbar erklärt worden.

**III. Zum definitiven Verwalter bestellt** ist bei dem Kreisgericht zu Samter in dem Konkurs über das Vermögen des Handelsmanns Moritz Baumann zu Pinne der Rechtsanwalt Steuer zu Samter.

### Termine und Fristabläufe.

Mittwoch den 20. Mai c. 1) bei dem Kreisgericht zu Pleschen in dem Konkurs über den Nachlaß des zu Macao verstorbenen Partikuliers von Wilkowski Vormittags 11 Uhr Termin zur Bestellung eines einstweiligen Verwalters vor dem Kommissar des Konkurses, Kreisrichter Henkel;

2) bei dem Kreisgericht zu Schroda in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns W. R. Serzykiewicz daselbst Vormittags 10 Uhr Termin zur Prüfung der bis zum 4. Mai c. angemeldeten Forderungen vor dem Kommissar des Konkurses, Kreisrichter Windenbach.

3) bei dem Kreisgericht zu Schneidemühl in dem Konkurs über das Vermögen des Buchdruckers Julius Breite (f. o.) Vormittags 11 Uhr Termin zur Bestellung eines definitiven Verwalters.

Sonntag den 23. Mai c. 1) bei dem Kreisgericht zu Posen in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Wolf Koczars hieselbst, früher zu Weichau bei Kottbus. Vormittags 11 Uhr Termin zur Prüfung der bis zum 12. Mai c. angemeldeten Forderungen vor dem Kommissar des Konkurses, Kreisgerichtsrath Gähler.

2) bei dem Kreisgericht zu Ostrowo in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Wladislaus Skolaski daselbst (f. o.) Vormittags 11 Uhr Termin zur Bestellung eines definitiven Verwalters.

Montag den 25. Mai c. 1) bei dem Kreisgericht zu Lissa in dem Konkurs über den Nachlaß des Pfarrers Böllmer zu Gollmütz Vormittags 10 Uhr Termin zur Prüfung der bis zum 5. Mai c. angemeldeten Forderungen vor dem Kommissar des Konkurses, Kreisgerichtsrath Gerber.

2) bei dem Kreisgericht zu Schneidemühl in dem Konkurs über den Nachlaß des Kaplans Kubala Vormittags 11 Uhr Termin zur Prüfung der in der Zeit vom 7. April c. bis zum 4. Mai c. angemeldeten Forderungen vor dem Kommissar des Konkurses, Kreisrichter Bollmar.

### B. Substationen.

Es werden öffentlich und meistbietend versteigert:  
Dienstag den 19. Mai cr. 1) bei dem Kreisgericht zu Schrimm das in dem Dorfe Alt-Puszoglowo, Schrimmer Kreises unter Nr. 13 belegene,

den Stellmaszajschen Eheleuten gehörige Grundstück, abgetheilt auf 1418 Zhlr.

2) bei dem Kreisgericht zu Birbaum das in dem Dorfe Lucempe unter Nr. 18 belegene, dem Valentin Bartkowiak gehörige Kruggrundstück, abgetheilt auf 1940 Zhlr.

Mittwoch den 20. Mai cr. 1) bei dem Kreisgericht zu Krotoschin: a. das den Kaufmann Kagenellenbogenischen Eheleuten gehörige, in Krotoschin sub Nr. 92, belegene Wohnhaus nebst Zubehör, abgetheilt auf 6874 Zhlr. 22 Sgr. 6 Pf.;

b. das zu Krotoschin in der Kozminer Vorstadt unter Nr. 75, belegene Wohnhaus nebst Stallung und Garten, abgetheilt auf 648 Zhlr. 15 Sgr., sowie das daselbst im Karinenfelde unter Nr. 377 belegene Ackergrundstück, abgetheilt auf 151 Zhlr. 24 Sgr. den Rechtsnachfolgern der Wintusajschen Eheleute gehörig.

2) bei dem Kreisgericht zu Rogasen das dem Ludwig Buettner gehörige, zu Grudna unter Nr. 12 belegene Grundstück, abgetheilt auf 2545 Zhlr. 10 Sgr.

3) bei dem Kreisgericht zu Schroda das den Baumgartischen Eheleuten gehörige, in Luboniec Pauland sub Nr. 18 belegene Grundstück, abgetheilt auf 1022 Zhlr. 5 Sgr.

4) bei dem Kreisgericht zu Schrimm: a. das im Dorfe Schwalow sub Nr. 37 belegene, den Krzyzostajskich Eheleuten gehörige Grundstück, abgetheilt auf 1150 Zhlr.

b. das den Konopinskiischen Eheleuten gehörige, in Moschin sub Nr. 65 belegene Grundstück, abgetheilt auf 4-8 Zhlr. 10 Sgr.

Freitag den 22. Mai cr. 1) bei dem Kreisgericht zu Kempen das in der Kolonie Strzyew sub Nr. 58 belegene und der Juliana verheiratheten Eiter gehörige Grundstück, abgetheilt auf 2315 Zhlr. 15 Sgr. 8 Pf.

2) bei dem Kreisgericht zu Grätz das den Schubaschen Eheleuten gehörige, zu Chraplewo unter Nr. 16 belegene Grundstück, abgetheilt auf 1173 Zhlr.

3) bei dem Kreisgericht zu Samter das den Wahrschen Eheleuten gehörige, zu Scharfenort sub Nr. 3 belegene Grundstück, abgetheilt auf 1425 Zhlr.

Sonntag den 23. Mai cr. bei dem Kreisgericht zu Grätz das der verheiratheten Wädmeyerischen Eheleuten gehörige, zu Bul unter Nr. 22 belegene Grundstück, abgetheilt auf 1200 Zhlr.

Montag den 25. Mai cr. 1) bei dem Kreisgericht zu Posen das dem Bürger Romad in Schwesenz gehörige, in dem Dorfe Schwesenz unter Nr. 19 belegene Grundstück, abgetheilt auf 562 Zhlr. 28 Sgr. 4 Pf.

2) bei dem Kreisgericht zu Meseritz das zu Glogowo unter Nr. 37 belegene, dem Eigentümer Hainke gehörige Grundstück, abgetheilt auf 9249 Zhlr.

3) bei der Gerichtskommission zu Tirschtiegel das zu Luben-Pauland unter Nr. 2 belegene, den Eigentümer Prüferschen Eheleuten gehörige Grundstück, abgetheilt auf 1682 Zhlr. 2 Sgr. 7 Pf.

4) bei der Gerichtskommission zu Wojanowo das den Schmidtschen Eheleuten gehörige, in dem Dorfe Patowke belegene Grundstück Nr. 25, abgetheilt auf 732 Zhlr. 18 Sgr. 4 Pf.

### Angelommene Fremde

vom 16. Mai.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Die Kaufleute Lewin aus Pinne, Paderstein, David, Lange, Huber, Scherz, Geber, Mannheim nebst Frau, Kriebel und Berger aus Berlin. Bedelt aus Scheffels, Scheide u. Schwietering aus Dresden, Spinola aus Rheda, Vogel aus Lütbecke, Meyer aus Kreuznach, Hindrichs aus Remscheid, Ledermann aus Lützenwalde und Arnold aus Greiz, Kammerherr v. Morawski aus Lubonia, die Gutsbesitzer Stegemann aus Brudzewo und Ritter aus Hammer, Dr. Michelson aus Rogasen, Assistenten-Insp. Friedrich aus Berlin.

**HOTEL DE PARIS.** Gutsbesitzer Chelmecki nebst Familie aus Gosciewo, Kaufmann Kowalski aus Breschen, Gutsverwalter Tomaszewski und Eigentümer Kuczborski aus Wehlin, Rechtsanwalt Bierzowski aus Schroda, Assistenten-Insp. Meyer aus Berlin, die Bürger Lutowski und Ladzynski nebst Frau aus Schrimm.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Rittergutsbesitzer v. Solomski aus Slomczyce, v. Matuzewski aus Biezdrowo, v. Nawrocki aus Goczyca, Nige aus Schwalkowo, Jauernik nebst Frau aus Nagradowice und Jauernik aus Strzelitz, Mühlenbesitzer Jzier aus Wogrowitz, Hauptmann a. D. Kuske aus Berlin, die Kaufleute Kierstein und Rosenburg aus Berlin und Miller aus Frankfurt a. D., Gutsbesitzer v. Borkowski aus Weichau.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Lange aus Berlin, v. Grabianki aus Breslau, Schulz aus Hamburg, Reich aus Olau und Weis aus Pleschen, die Leutenants Grabs aus Gölitz und Weisner aus Glogau.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Die Rittergutsbesitzer v. Blochowski aus Krayanki, Lacki aus Konin und v. Stabilewski aus Balesie, Leutenants v. Niesenberger aus Pleschen, die Kaufleute Döring aus Frankfurt a. M., Meißner aus Stuttgart und Kleinfeller aus Hamburg.

**OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Die Rittergutsbesitzer v. Michowski nebst Frau aus Drobnia, v. Chlapowski aus Lofanica, v. Karczewski nebst Frau aus Czarnotek und Frau v. Roszutska aus Wagnuszewice, Partikulier Kemner aus Liebenau.

**BAZAR.** Die Gutsbesitzer Frau Kolkowska aus Polen, Frau Swiniarska und Frau Gjalowska aus Golaszyn, Frau Bronisch aus Drocno, Frau Krasicka aus Kargowo, Stabilewski nebst Familie aus Balesie, Potocki aus Wendowo, Unrug aus Dalspin, Krzyzanski aus Bielawy und Gajdarynski nebst Familie aus Lubasz, Propst Winte aus Krotowicka.

**HERWIG'S HOTEL DE ROME.** Fürst Sulkowski aus Reichen, die Rittergutsbesitzer Baron v. Skorff nebst Frau aus Piatkowo, v. Jasinski nebst Frau aus Wytawice, Baron v. Winterfeld nebst Tochter aus Wut-Goslin, Graf Arco aus Bronzyn, Materne aus Schwalkowo, Baumeister Kaufmann aus Danzig, Direktor Molinek aus Reichen, Justiz-Rath Molte aus Lissa, Inspektor Cornelius aus Rudnit, Assistenten-Insp. Müller aus Magdeburg, Fabrikant Hampe aus Quedlinburg, die Kaufleute Kubs aus Elberfeld, Manasse, Rosenthal und Heilborn aus Breslau, Reich, Forthe und Tobias aus Berlin, Gieleski aus Thorn, Abel aus Stargard, Wagner aus Frankfurt a. M., Schellinger aus Stuttgart, W. Reich aus Pforzheim, Köhlig aus Barmen, Frau Schulz aus Polen.

**SCHWARZER ADLER.** Frau Rittergutsbesitzer Mittelsadt aus Latalice, die Gutsbesitzer v. Bogdanek und v. Giesowski aus Wojciechowo, Tiede aus Kleszewo, Schind aus Puszoglowo, Frau v. Gadamsta aus Gollmowo und v. Malczewski aus Toniszewo, Wirthschaftsinsp. Matuzewski aus Rogowice, die Bürger Rybicki und Senfleben aus Schrimm und Jeshonek und Kaufmann Mannas aus Schroda, Frau Garbrecht aus Pudelwitz.

**BERNSTEIN'S HOTEL.** Die Kaufleute Didier und Pollos Erard aus St. Petersburg, Korngold aus Warschau, Eger aus Johannesburg und Brandt aus Berlin, Chauffeuraufseher Wintler aus Neustadt a. W.

**HOTEL DU NORD.** Die Rittergutsbesitzer v. Lawicki aus Rybno, v. Lubiencki nebst Tochter a. Wapienka, Frau Schauspielerin Hochschild a. Berlin.

**KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF.** Die Kaufleute Schatten und Cohn aus Kolo, Bellow und Friedmann aus Berlin, Honig aus Lissa, Gotskowski und Correl aus Breschen, Wadt, Frau Kasper und Joresta aus Gnesen, Breslauer aus Kaltwasser, Hammer aus Chemnitz, Olen-dorff aus Sarne.

## Telegramm.

Paris, 18. Mai. Fürst Czartoryski veröffentlicht durch die Journale zur Widerlegung ihn betreffender Gerüchte: Er habe seit seiner Rückkehr von London Paris nicht verlassen, und die ihm zugeschriebenen Projekte entbehrten jeder Begründung.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Druckfehler-Berichtigung.

In unserer Bekanntmachung vom 14. d. M., Nr. 113 der Posener Zeitung, über die zum 1. Oktober 1868 gefälligen Rentenbriefe ist im Verzeichnisse a. bei Litt. C. zu 100 Thln. (Spalte 5, Zeile 4) anstatt der Nr. 3224., welche unrichtig ist, die Nr. 6224. zu lesen.

Posen, den 16. Mai 1868.

Königliche Direktion  
der Rentenbank für die Provinz  
Posen.

### Bekanntmachung.

Im Auftrage der königlichen Regierung zu Posen wird

am 8. Juni d. J.

Vormittags 11 Uhr

im Bureau des königlichen Landratsamts zu Birnbaum die Chauffeegeld-Erhebung der Provinzial-Gehefte Alt-Jatun an den meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlags vom 1. Oktober d. J. ab alternativ auf drei Jahre resp. auf ein Jahr zur Pacht gestellt werden.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens Einhundert Thaler baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der königlichen Kreiskasse hieselbst zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen. Die Pachtbedingungen können von heute ab im diesseitigen Bureau während der Dienststunden eingesehen werden.

Birnbaum, den 14. Mai 1868.

Königlicher Landrath.

### Bekanntmachung.

An der dreiklassigen höheren Knabenlehranstalt hieselbst ist eine Lehrstelle mit 400 Zhlr. Gehalt sofort zu besetzen.

Bewerber, welche die facultas docendi erlangt haben, mindestens aber pro rectoratu geprüfte und gut bestandene Altitäten und insbesondere der polnischen Sprache vollkommen mächtig sein müssen, wollen ihre Meldungen unter Vorlegung der Zeugnisse dem unterzeichneten Magistrat schleunigst zu-gehen lassen.

Geeignete Kandidaten dürfen eine Erhöhung des Gehalts auf 450 Zhlr. erwarten.

Posen, den 7. Mai 1868.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Die Erneuerung und Reparatur des Laten-paunes am Train-Etablissement in der Magazinstrasse, veranschlagt auf 227 Zhlr., und die Zimmerarbeiten bei Einrichtung einer Gekirrkammer in der Train-Kemise Nr. II., veranschlagt auf 74 Zhlr. 2 Sgr. 2 Pf., sollen Frei-

tag den 22. Mai c., Vormittags 10 Uhr,

durch Submission verbunden werden. Verlegte und gehörig bezeichnete Offerten sind bis dahin im Geschäftslokal der Garnison-Verwaltung abzugeben, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Nachgebote werden nicht angenommen.

Posen, den 16. Mai 1868.

Königliche Garnison-Verwaltung.

### Bekanntmachung.

In unser Gesellschafts-Register ist folgende Eintragung bewirkt worden:

Nr. 4.

Firma der Gesellschaft:

Bradt & Salamon.

Sitz der Gesellschaft:

Wongrowice.

Rechtsverhältnisse der Gesellschaft:

die Gesellschaft ist eine offene.

Die Gesellschaft sind:

1) der Kaufmann Simon Bradt zu Wron-

growice,

2) der Kaufmann Elias Salamon zu

Wongrowice.

Die Gesellschaft hat am 1. Dezember 1860

begonnen.

Eingetragen zufolge Verfügung vom 13. Mai

1868 am 13. Mai 1868.

Wongrowice, den 13. Mai 1868.

Königliches Kreisgericht.

### Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist sub Nr. 72, die Firma Lewin Foerder und als deren Inhaber der Kaufmann Lewin Foerder zu Wongrowice zufolge Verfügung vom 13. Mai 1868 heute eingetragen worden.

Wongrowice, den 14. Mai 1868.

Königliches Kreisgericht.

### Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist sub Nr. 73, die Firma Ador Cohn und als deren Inhaber der Kaufmann Ador Cohn zu Wongrowice zufolge Verfügung vom 13. Mai 1868 heute eingetragen worden.

Wongrowice, den 14. Mai 1868.

Königliches Kreisgericht.

### Bekanntmachung.

Die verehelichte Mathilde Kühnast, geborene Köschin zu Birke, hat gegen ihren Gemann, den Haupt- u. Assistenten Gottlieb Eugen Kühnast, welcher zuletzt in Stalmierzyce angestellt war, auf Abschließung der Stalmierzyce, daß der Verklagte in Folge eines bei seiner Stellvertretung eines Proviant-Beamten in Luben verübten Defekts

im Jahre 1866 sie bösslich verlassen, und seitdem

Nichts von sich habe hören lassen.

Zur Beantwortung der Klage und weiteren Verhandlung der Sache haben wir einen Termin auf den 1. September 1868, Vormittags 9 Uhr, vor der Civil-Deputation im

Sitzungs-Saale Nr. 1 anberaumt, zu welchem der Verklagte unter der Verwarnung vorgeladen wird, daß im Falle seines Ausbleibens, die in der Klage angeführten Thatsachen, für

zugestanden angenommen werden.

Schrodo, den 7. Mai 1868.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

### Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 1. Januar 1868.

Das dem Heinrich Ewert gehörige, in dem Dorfe Debozora unter Nr. 50. belegene Grundstück, abgetheilt auf 6775 Zhlr. 12 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 7. September 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Die unbekannten Erben und Rechtsnachfolger: a) der Wittwe Marianna Mitolajczak, geborenen Görgyt, zuerst verheiratheten Godeska aus Debozora,

b) des Kammerdieners Anton Basinski zuletzt in Czarniejevo wohnhaft, werden hierzu öffentlich vorgeladen

am 7. September 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Die unbekannten Erben und Rechtsnachfolger: a) des Stanislaus Peter Fialkowski zu Posen,

b) der Wittwe Caroline Ritte in Glogowo, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

am 28. September 1868,

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Die unbekannten Erben und Rechtsnachfolger: a) des Stanislaus Peter Fialkowski zu Posen,

b) der Wittwe Caroline Ritte in Glogowo, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

### Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Lubasz sub Nr. 44. belegene, den Franz Czerwinski'schen Eheleuten gehörige Grundstück, auf welchem die Schant-Gerechtigkeit ruht, gerichtlich abgetheilt auf 6544 Zhlr. 11 Sgr. 10 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Tage, soll im Bietungstermine

am 16. September 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Real-Prätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Die dem Aufstehende nach unbekannten Gläubiger Geschwister Johann und Catharina Kinoski werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Czarnikau, den 23. Januar 1868.

Rgl. Kreis-Gerichts-Kommission I.

Kröl. Komissa Sadu powiatowego.

am 16. September 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Real-Prätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Die dem Aufstehende nach unbekannten Gläubiger Geschwister Johann und Catharina Kinoski werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Czarnikau, den 23. Januar 1868.

Rgl. Kreis-Gerichts-Kommission I.

Kröl. Komissa Sadu powiatowego.

am 16. September 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Real-Prätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Die dem Aufstehende nach unbekannten Gläubiger Geschwister Johann und Catharina Kinoski werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Czarnikau, den 23. Januar 1868.

Rgl. Kreis-Gerichts-Kommission I.

Kröl. Komissa Sadu powiatowego.

am 16. September 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Real-Prätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Die dem Aufstehende nach unbekannten Gläubiger Geschwister Johann und Catharina Kinoski werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Czarnikau, den 23. Januar 1868.

Rgl. Kreis-Gerichts-Kommission I.

Kröl. Komissa Sadu powiatowego.

### Sprzedaz konieczna.

Grunt w wsi Lubasz pod Nr. 44., do Franciszka Czerwinskiego

nałęczący, na którym prawo szynku zabezpieczone, oszacowany sądownie na 6544 tal. 11 sgr. 10 f. wedle taxy, mogącej być przejranej wraz z wykazem hipotecznym w registraturze, ma być w terminie licytacji na

</











